

l o c a l
a
n
d
& n e w s 5 I / 0 3
S
O
i
l



Flächenmanagement
in Stadtregionen
Land Use Management
in City Regions

<i>flächenmanagement in deutschland</i>	3
• Bodenressourcen-Management	
- kommunal in Bayern	
- in Region und City Stuttgart	
- regional auf Bundesebene	
• Bodenbewertung in Planungsverfahren	
<i>freiflächenmanagement in Österreich</i>	13
• Freiflächenschutz in der Stadt Wien	
<i>agglomerationspolitik in der schweiz / politique des agglomérations en suisse</i>	15
• Agglomerationspolitik und Modell-	
vorhaben in der Schweiz	
• Agglomerationsstrategie im Kanton	
Bern / Beispiele Bern und Interlaken	
• Trinationale Agglomeration Basel	
• L'agglomération transfrontalière	
franco-valdo-genevoise	
<i>politique des agglomérations en france</i>	24
• La planification de Grand-Lyon	
<i>land use management in england</i>	26
• Planning System Reforms in England	
<i>summary</i>	28
• Land Use Management in City Regions	
<i>EU bodenpolitik / EU soil and land policy</i>	30
• Stand der EU-Bodenstrategie	
• Verbund-Projekt SCAPE	
<i>mitteilungen / communications ELSA e.V.</i>	31
• Mitglieder / Members	
• Jahrestagung / Conference 2003	

Cover Photo F. Dosch:
City Region / Stadt Region Raum Arnshausen (D)

masthead / impressum

local land & soil news

Published four times per year
Download pdf file at
www.soil-alliance.org/www.bodenbuendnis.org

Editor

European Land and Soil Alliance (ELSA) e.V.
European Secretariat
Postfach 4460, D-49034 Osnabrück
P +49/(0)541-323-2000 / F +49/(0)541-323-2738
E-mail: bodenbuendnis@osnabrueck.de

Editorial staff

Dipl.-Ing. Reto D. Jenny (responsible)
jenny.reto@bluewin.ch
Dr. Fabian Dosch
fabian.dosch@bbr.bund.de
Dr. Martin Held
held@ev-akademie-tutzing.de

Translation

Beatrix Thul

Print

Ulenspiegel Druck GmbH, Andechs (D)

Funded by

 ERTOMIS Stiftung
Wuppertal (D)
ELSA e.V. thanks for the support!

Edition no.5 / March 2003

"Der Kreislauf bei Siedlungsflächen ist dann geschlossen, wenn für neue Siedlungstätigkeit nur bereits besiedelte Flächen verwendet werden".

Aus: Karl Ganser "Der Rückbauplan"
– Vision einer nachhaltigen Stadt. Politische Ökologie 71

Flächenmanagement in Stadtregionen

Geschätzte Mitglieder und Freunde des Boden-Bündnisses

Management ist in aller Munde, und für wahr es ist ein dynamischer, positiv besetzter Begriff. Managen bedeutet "leiten, zustande-bringen, organisieren, geschickt bewerkstelligen." Die Polis haben schon die alten Griechen gemanagt. Gewiß ist kommunales Bodenmanagement etwa als Bodenordnung und Baulandmobilisierung altbewährt, doch die Konkurrenz der Kommunen um Betriebe und Einwohner hat den Freiraumverbrauch nicht reduzieren können – im Gegenteil.

Unsere regionale Lebensweise hat längst die Stadtmauern überschritten. Nur regional läßt sich eine *effiziente, ressourcenschonende Flächennutzung* umsetzen. Viele europäische Länder haben in ihren nationalen Nachhaltigkeitsstrategien eine z.T. drastische Reduzierung der Siedlungsexpansion festgeschrieben – wahrlich eine Herkulesaufgabe. Unter der Fläche liegt der Boden, und ist er einmal verbaut, lassen sich seine vielfältigen Funktionen als Nährstoffspeicher, Filter, Puffer oder Lebensraum praktisch nicht mehr wiederherstellen. Umso wichtiger, die Siedlungsentwicklung an die weniger schädlichen Stellen zu lenken, oder vielleicht eines Tages die Vision einer Flächenkreislaufwirtschaft zu verwirklichen.

Das Unternehmen, um das es geht, heißt *Stadtregion*, dort wo die Konflikte um bauliche Flächennutzung besonders groß und die Ressourcen knapp sind. Und in der Stadtregion leben viele *Akteure*, Akteure mit unterschiedlichen, z.T. widerstrebenden Interessen. Deswegen heißt Management auch Verhandeln, folglich sind die Handlungen jener Organisationen abzustimmen, die wesentliche Entscheidungen über die bauliche Nutzung des Bodens treffen. Dazu ist es zweckmäßig, gemeinsame Ziele und Visionen zu entwickeln.

Gehen Sie mit auf die Reise durch *innovative Ansätze* des Flächenmanagements in Stadtregionen, die in dieser Aufgabe mit Beispielen aus der Schweiz, Österreich, Deutschland, Frankreich und England dargestellt werden. Diskutieren Sie mit uns auf der 2. Internationalen Jahrestagung des Boden-Bündnisses am 3 und 4. April 2003 in Augsburg!

Die Redaktion local land & soil news

Remark:

For the English translation of the editorial and the abstracts of all following articles in this bulletin look at the Summary – Land Use Management in City Regions on pages 27 to 29.

Kommunales Flächenressourcenmanagement im Bundesland Bayern

In Bayern werden derzeit verstärkt Aktivitäten zum Flächensparen initiiert. Im Rahmen dieser Aktivitäten führt das Bayerische Landesamt für Umweltschutz (LfU) im Auftrag des Bayerischen Staatsministeriums für Landesentwicklung und Umweltfragen das Projekt "Kommunales Flächenressourcen-Management" durch. Zur vorrangigen Innenentwicklung wurden in vier Modellkommunen praxisbezogen innerörtliche Entwicklungspotenziale ermittelt und Aktivierungsstrategien entwickelt. Die ermittelten Potenziale sind überaus groß und führten zu einer starken Sensibilisierung der kommunalen Entscheidungsträger. Künftig soll das Kommunale Flächenressourcen-Management verstärkte Anwendung in den bayerischen Kommunen finden.

von Claus Hensold, Bayerisches Landesamt für Umweltschutz, Augsburg (D)

Täglich werden in Bayern 28,4 ha Freiflächen in Siedlungs- und Verkehrsflächen umgewandelt, was jährlich in etwa der Fläche der Stadt Nürnberg entspricht. Um die nicht erneuerbare Ressource Boden künftig verstärkt zu schützen, hat die Bayerische Staatsregierung das Flächensparen zum umweltpolitischen Schwerpunkt in Bayern erklärt.

Ausgangspunkte des Projektes "Kommunales Flächenressourcen-Management" sind

- erhebliche untergenutzte innerörtliche Entwicklungspotenziale mit
- Informationsdefiziten über Qualität und Quantität,
- verschiedene Handlungsfelder in der kommunalen Planung für eine ressourcenschonende Bodennutzung und
- deren bisher fehlende ganzheitliche Betrachtung.

Praxisnahe Handlungshilfen

Ziel des Projekts ist die Erarbeitung von praxisnahen Handlungshilfen, um die bayerischen Kommunen bei der vorrangigen Entwicklung der vorhandenen innerörtlichen Entwicklungspotenziale zu unterstützen. Insbesondere sollen dabei die Verhältnisse in kleinen Kommunen berücksichtigt werden, da etwa die Hälfte aller bayerischen Kommunen weniger als 3.000 und 90 % weniger als 10.000 Einwohner aufweisen.

Modellkommunen und Handlungsfelder

Die Erprobung der Methodik erfolgte von Herbst 2001 bis Ende 2002 in vier strukturell unterschiedlichen Modellkommunen, die alle einem hohen Siedlungsdruck ausgesetzt sind:

- Pfaffenhofen a.d. Ilm (22.000 Einwohner),
- Baiersdorf (7.000 Einwohner),
- Stegaurach (6.400 Einwohner),
- Jengen (2.300 Einwohner).

In diesen Modellkommunen wurden die Handlungsfelder

- Flächenrecycling bei Brachstandorten,
- Baulückenaktivierung,
- Nachverdichtung,
- Flächensparendes Bauen und Begrenzung der Versiegelung,
- Entsiegelung im Bestand bearbeitet.

Geographisches Informationssystem (GIS)

Dazu wurden mit geringst möglichem Aufwand praxisnah die Baulandpotenziale erfasst und in ein Geographisches Informationssystem (GIS) eingegeben, ferner planungsrelevante Daten, wie z.B. der Flächennutzungsplan, Biotop- und Schutzgebietsdaten und Luftbilder eingebunden. Das GIS wurde den Modellkommunen im Rahmen des Projekts zur Verfügung gestellt. Das Projekt hat gezeigt, dass auch in kleinen Kommunen ein GIS eine erhebliche und praktikable Hilfe in der kommunalen Verwaltungsarbeit darstellt.



Abbildung einer klassischen Baulücke des Baulückenkatasters

Im Ergebnis der Datenerhebung ist das Potenzial an Baulücken und Brachflächen in den Modellkommunen weit größer als erwartet. Der Anteil von Baulücken und Brachflächen zwischen 18 % und 36 % an der Gebäude- und Freifläche der Kommunen zeigt, dass knapp 1/5 bis mehr als 1/3 der vorhandenen, meist erschlossenen und mit Baurecht versehenen Flächen theoretisch als Baulandpotenzial anzusehen sind. Praktisch sind diese Potenziale durch private Interessen meist nur eingeschränkt für die kommunale Planung verfügbar. Hier setzten die im Rahmen des Projekts entwickelten Aktivierungsstrategien an.

Kommunale Umsetzung

Für die Bereiche Information und Kommunikation, Beratung und Förderung, Planungs- und baurechtliche Maßnahmen sowie Kommunalpolitik sind konkrete Umsetzungsmöglichkeiten und Testentwürfe erarbeitet worden. Jede Kommune muss nun je nach ihren lokalen Verhältnissen in Politik und Verwaltung diskutieren, welchen Weg der Umsetzung sie beschreiten will. Mit einem Grundsatzbeschluss haben sich alle Modellkommunen zu einem Vorrang der Innenentwicklung und der Fortsetzung der Aktivitäten bekannt. Die gewonnenen Erfahrungen werden derzeit dazu verwendet, die beim LfU erhältliche Arbeitshilfe "*Kommunales Flächenressourcen-Management*" mit konkreten Handlungshilfen, Checklisten und Musterschreiben zu überarbeiten. Diese 2. Auflage wird im Frühjahr 2003 erscheinen.

Um auch größere Kommunen in das Projekt einzubinden, wurde am 29. Juli 2002 in Nürnberg ein in einem Tagungsband dokumentierter Workshop mit dem Titel "*Kommunales Flächenressourcen-Management - Beispiele aus der städtebaulichen Praxis*" ausgerichtet.

Zur Untersuchung der Möglichkeiten zum Flächensparen im Rahmen der Regionalplanung und zu statistischen Hintergrunddaten zum Flächenverbrauch wurden vertiefende Studien angefertigt.

Bündnis zum Flächensparen

Der Flächenverbrauch ist ein sehr komplexes gesamtgesellschaftliches Problem. Deshalb sind möglichst viele beteiligte Akteure zu sensibilisieren und in die laufenden Aktivitäten einzubinden.

Auf Initiative des Bayerischen Städtetags wurde in Bayern mit Vorbereitungen für ein "*Bündnis zum Flächensparen*" begonnen. Unter Einbindung mehrerer Ministerien und der kommunalen Spitzenverbände wird ein ressortübergreifendes Aktionsprogramm zum Flächensparen entwickelt. ■

Kontakt

Claus Hensold, Bayerisches Landesamt für Umweltschutz
Ref. 3/8, Altlasten und Bodenschutz, D-86177 Augsburg
claus.hensold@lfu.bayern.de
www.boden.bayern.de

Die innerörtlichen Entwicklungspotenziale in den Modellkommunen

Innerörtliche Entwicklungspotenziale	Jengen	Stegaurach	Baiersdorf	Pfaffenhofen
Baulücken und geringfügig bebaute Grundstücke	113	413	195	591
Brachflächen (*ehem. landw. genutzte Gehöfte)	78*	3	6	28
Gesamtpotenzial Baulücken und Brachflächen	40,0 ha	54,5 ha	29,9 ha	91,2 ha
Verhältnis des Gesamtpotenzials zur Siedlungs- und Verkehrsfläche	15,3 %	17,9 %	10,0 %	8,3 %
Verhältnis des Gesamtpotenzials zur Gebäude und Freifläche	36,1 %	29,2 %	18,0 %	13,8 %
Theoretisches Einwohnerpotenzial bei 500 m ² -Grundstücken und 2,4 Einwohnern pro Wohneinheit	1.920	2.614	1.435	4.378

Flächenmanagement in der Region Stuttgart

"Wegen ihrer herausragenden Funktionen im internationalen Maßstab und ihrer besonderen Bedeutung für die gesellschaftliche, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung des Landes ist die Europäische Metropolregion Stuttgart in ihrer Leistungs- und Konkurrenzfähigkeit weiterzuentwickeln und zu stärken. Die Europäische Metropolregion Stuttgart umfasst insbesondere den Verdichtungsraum Stuttgart einschließlich der Räume um Heilbronn und um Reutlingen/Tübingen und seine Randzone"
– so der seit 20.08.2002 verbindliche Landesentwicklungsplan Baden-Württemberg.

von Ulrich Schön, Dipl.-Ing., Referent für Regional- und Bauleitplanung, Verband Region Stuttgart (D)

Bedeutung der Region innerhalb des Landes

In der Region Stuttgart leben auf 3654 km² (10% der Fläche Baden-Württembergs) etwa 2,6 Mio Einwohner (25% der Bevölkerung Baden-Württembergs). Knapp 30% der Bruttowertschöpfung des Landes werden in der Region Stuttgart erwirtschaftet.

Verwaltungsgliederung

179 Städte und Gemeinden, der Stadtkreis Stuttgart und 5 Landkreise bilden eine vielfältige Verwaltungsstruktur. Es gibt 40 Verwaltungsgemeinschaften mit 136 Gemeinden, die mit der Aufgabe der vorbereitenden *Bauleitplanung* betraut sind.

Flächennutzungen koordinieren

In dem mit etwa 710 Einwohner/km² hoch verdichteten Siedlungs-, Verkehrs- und Freiraum mit den vielfältigen Infrastrukturen kommt einer *abgestimmten Flächennutzung und Flächenentwicklung* eine herausragende Bedeutung zu.

Räumliche Entwicklung und Gestaltung

Die räumliche Entwicklung der Städte und Gemeinden basiert auf den örtlichen Erfordernissen und Zielvorstellungen, den vorhandenen und zu entwickelnden Qualitäten der Teilräume der Region. Sie wird in *Gemeinde- und Stadtentwicklungskonzepten* und in Flächennutzungsplänen konkretisiert. Die örtlich geplanten Entwicklungen werden auf der Ebene der *Regionalplanung* in den übergeordneten Netzzusammenhang gestellt und auf die Ziele des Regionalplans abgestimmt.

Kontakt

Ulrich Schön, Referent für Regional- und Bauleitplanung,
Verband Region Stuttgart, Kronenstraße 25, D-70174 Stuttgart
schoen@region-stuttgart.org; www.region-stuttgart.de

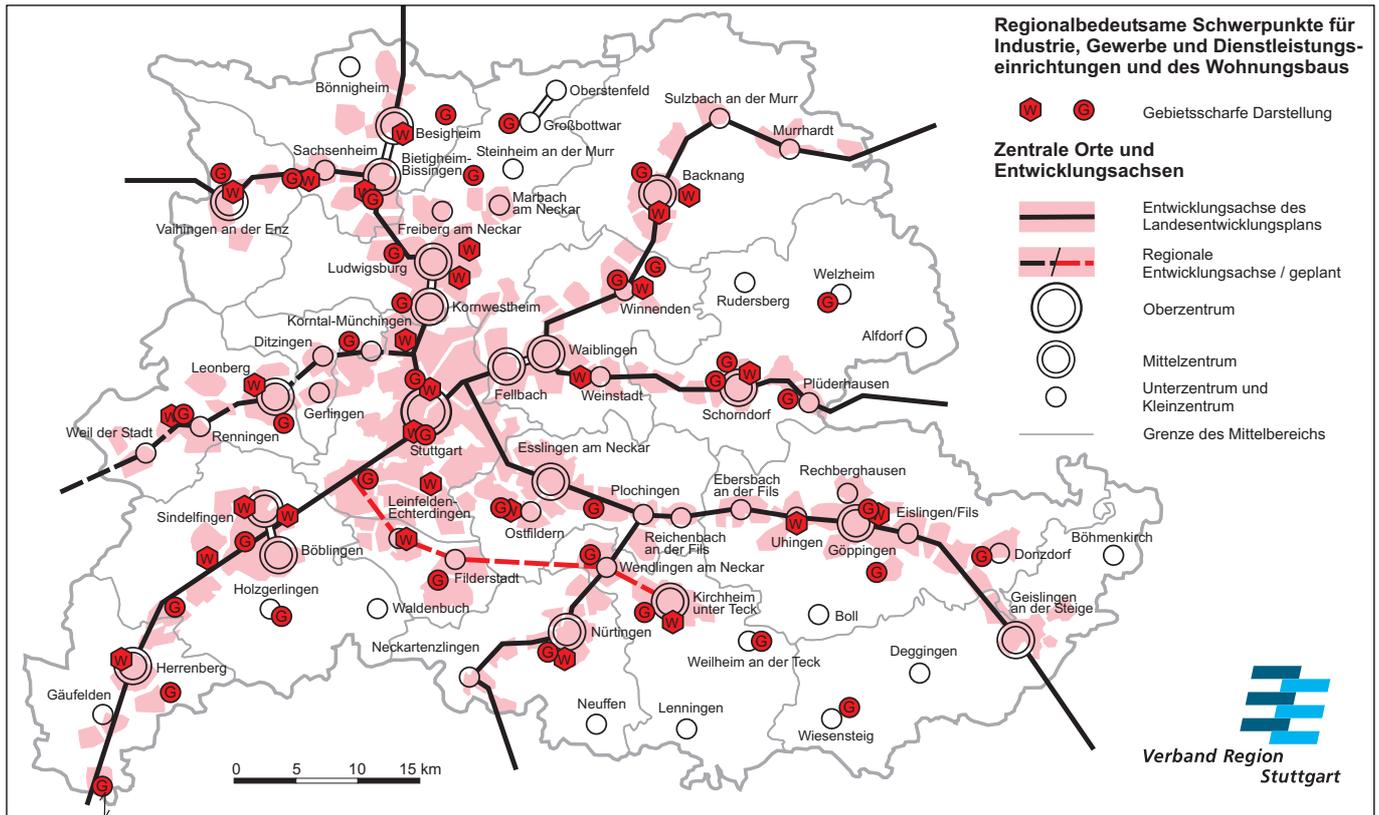
Flächeninanspruchnahme abstimmen und steuern

Mit dem seit 01.03.1999 verbindlichen Regionalplan für die Region Stuttgart liegt für die Raumentwicklung ein abgestimmtes Konzept vor. Dieses bildet den Rahmen für die Träger der *Bauleitplanung* für die nach § 1(4) BauGB vorgesehene Anpassung der Bauleitplanung an die Ziele der Raumordnung / Regionalplanung. Über die Grenzen der Region hinaus wird seit einiger Zeit in *Projektgruppen* die Zusammenarbeit und Abstimmung der räumlichen Entwicklung intensiviert. Der haushälterische Umgang mit dem begrenzten Umfang der für die verschiedenen Nutzungen neu erforderlichen Inanspruchnahme von Freiflächen gehört zu den wesentlichen Grundlagen der Raumplanung. Mit den dafür vorgesehenen Instrumenten im Bundes- und Landesrecht kann mit unterschiedlichem Ergebnis und Erfolg die *"nachhaltige Raumentwicklung"* beeinflusst werden. In der Region Stuttgart wird u.a. mit den folgenden Planungs- und Handlungsinstrumenten das Ziel einer sparsamen Flächeninanspruchnahme verfolgt:

Planungsinstrumente im Regionalplan

Hierzu gehören die Konzentration der Entwicklung von Wohnen und Gewerbe entlang von Entwicklungachsen und dort im besonderen in so genannten *Schwerpunkten für den Wohnungsbau, für Industrie, Gewerbe und Dienstleistungseinrichtungen*. Diese sind im Plan als Ziele und als Standorte ausgewiesen, die im Planungszeitraum vorrangig entwickelt werden sollen. Einer ungeordneten Entwicklung in den Freiraum soll damit begegnet werden.

In gleicher Richtung zielt die *Ausweisung von Regionalen Grünzügen und Grünzäsuren*, die die Qualität der Freiräume sichern und entwickeln hilft. Eine bauliche Entwicklung ist in diesen Grünzügen und Grünzäsuren nicht möglich. Ein weiteres wichtiges



Instrument sind *Schwerpunkte in Bestandsgebieten und Brachflächen* sowie die *Nutzung ehemaliger Konversionsflächen*. Damit wird die Flächeninanspruchnahme neuer Flächen wesentlich reduziert. Herausragendes Beispiel hierfür ist das *"Projekt Stuttgart 21"*. Hier sollen langfristig im Stadtzentrum etwa 24.000 Arbeitsplätze geschaffen und Wohnraum für etwa 10.000 Einwohner entstehen (vgl. Beitrag von H.J. Kirchholtes S. 8).

Handlungsinstrumente

Die integrierte Betrachtung der künftigen Entwicklungen im Bereich Siedlung, Verkehr und Freiraum führte zum *Konzept eines Landschaftsparks*. In Teilbereichen ist mit einer Umsetzung begonnen worden. Ein Wettbewerb unter den Städten und Gemeinden wurde zur Erlangung beispielhafter, planerischer und baulicher Konzepte ausgeschrieben.

Im Rahmen der Abstimmung der Bauleitpläne auf die Ziele des Regionalplans wird darauf geachtet, dass *neue Darstellungen in Flächennutzungsplänen* auf den näher zu begründenden, vorhersehbaren Bedarf für den Planungszeitraum begrenzt werden. Dabei ist immer auch eine *Gesamtflächenbilanz mit Bauflächenreserven* in rechtskräftigen und in rechtsverbindlichen Bauleitplänen und sonstigen Baulücken zu erstellen. Der verantwortungsvolle Umgang mit den Flächenpotenzialen im Bestand ("Innenentwicklung") wird dadurch verstärkt.

Im Bereich der *Wirtschaftsförderung* ist in der Region Stuttgart für den Bereich Flächennachfrage ein *Standort-Kommunikations-System (SKS)* installiert worden. Gewerblich nutzbare Grundstücke in Bestand und in der Planung werden potenziellen Interessenten im Internet angeboten. Regionalbedeutsame Schwerpunkte für Industrie, Gewerbe und Dienstleistungseinrichtungen (insgesamt etwa 940 ha) werden auf Antrag durch die Region mit Zinszuschüssen für Grunderwerb und Erschließung gefördert.

Ausblick

Vielfältige Ansprüche an den Raum und die wachsenden Abhängigkeiten und Interessen der beteiligten öffentlichen und privaten Akteure erfordern im Bereich der Planung und Umsetzung zunehmend differenzierte Instrumente und Strategien zur Bewältigung der anstehenden Probleme. Rechtliche Vorgaben und komplexer werdende Verfahren legen es nahe, Ideen und Konzepte sowie alternative Planungen frühzeitig zu diskutieren und abzustimmen. Einem intelligenten Flächenmanagement kommt zunehmende Bedeutung zu. Deshalb sollen die schon vorhandenen Ansätze weiterentwickelt werden. ■

Bodenschutz und Flächenschutz in der Landeshauptstadt Stuttgart

Stuttgart versteht sich als Industriestadt zwischen Wäldern, Parks, Gärten, Streuobstwiesen, Feldern und Weinbergen. Der Wahlspruch "Wo immer Sie sich gerade aufhalten: In höchstens fünf Minuten sind Sie mitten in der Natur" drückt ein Stück des Stuttgarter Selbstverständnisses aus. – Seit dem 1. Januar 2003 ist Stuttgart Mitglied im Bodenbündnis europäischer Städte und Gemeinden. Der folgende Beitrag gibt einen Überblick über die Stadt, ihre Motivation zum Flächen- und Bodenschutz und die bisherigen Aktivitäten.

von Hermann J. Kirchholtes, Amt für Umweltschutz, Kommunale Altlasten, Flächenmanagement, Landeshauptstadt Stuttgart (D)

Die Hauptstadt des süddeutschen Bundeslandes Baden-Württemberg mit ihren rund 590.000 Einwohnern wird durch eine abwechslungsreiche Topographie geprägt. Vom Neckartal auf 207 Metern über dem Meeresspiegel steigt die Keuperlandschaft hinauf bis zu den Filderhöhen auf 549 Metern an. Die Achse der historischen Stadtentwicklung erstreckt sich quer zum Neckartal entlang des 13,3 Kilometer langen Nesenbachs.

Umgeben von den dicht besiedelten Kreisen Ludwigsburg, Böblingen, Esslingen und Rems Murr verfügt Stuttgart mit einer Gemarkungsfläche von 207 Quadratkilometern nur noch über geringe Neubaulflächen-Potentiale. Gut 50 % der Stuttgarter Gemarkung werden heute als Siedlungsflächen, 24 % als Wald und weitere 20 % als landwirtschaftliche Flächen genutzt. Landwirtschaft in Stuttgart, das bedeutet entweder Weinanbau auf den südexponierten Steil-

lagen - Stuttgart verfügt über das größte innerstädtische Weinanbaugebiet Deutschlands - oder hochproduktiver Ackerbau im Filderraum oder im Gäu. Für Bauland in Stuttgart werden hohe Preise gezahlt: Um 300 EUR pro m² für Gewerbeflächen und über 1.000 EUR pro m² für Wohnbauflächen. Der Konflikt zwischen wirtschaftlichem und städtebaulichem Entwicklungsdruck einerseits und der Erhaltung wertvoller Freiflächen und Böden andererseits ist offensichtlich.

Der *Flächennutzungsplan* des Jahres 1974 führte Bürgern und Verwaltung erstmals vor Augen, dass mit der geplanten großzügigen Ausweitung auf 60 % der Gemarkung das ungezügelte Siedlungsflächenwachstum an seine Grenzen stößt. In den 1980er Jahren folgte auf die Wachstumseuphorie eine Zeit des Umdenkens.

Einen Meilenstein stellt der im Jahre 1989 veröffentlichte Bericht zur *"Bodenversiegelung in Stuttgart"* dar (Stadtplanungsamt Stuttgart: Beiträge zur Stadtentwicklung, Band 27). 1994 wurde diese Bestandsaufnahme ergänzt durch eine Übersicht über *"Struktur und Verdichtungspotentiale der Arbeitsstättengebiete in Stuttgart"*. Mit seinem Beschluss zum Umweltbericht *"Natur- und Landschaftsschutz"* hat der Gemeinderat 1997 erstmals einem detaillierten Programm zum Flächenschutz zugestimmt.

Kontakte

Landeshauptstadt Stuttgart, D-70161 Stuttgart
www.stuttgart.de

- Nachhaltiges Bauflächenmanagement Stuttgart NBS: Stadtplanungsamt, Nils Krieger
- Bodenschutzkonzept Stuttgart BOKS: Amt für Umweltschutz, Prof. Dr. Gerd Wolff
- Kommunale Altlasten, Flächenmanagement: Amt für Umweltschutz, Hermann J. Kirchholtes



Photo H.J. Kirchholtes: Nachwachsende Brachflächen im Hafengelände Neckartal Stuttgart

Nachhaltige Stadtentwicklung – Projekt "Stuttgart 21"

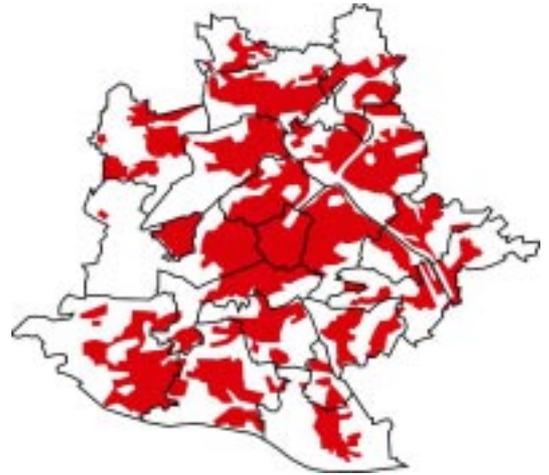
Der 1998 vom Gemeinderat beschlossene Flächennutzungsplan 2010 stellt die *nachhaltige Stadtentwicklung* in den Vordergrund. Innen- zu Außengebiete sollen künftig in Stuttgart im Verhältnis 4 : 1 entwickelt werden. Die Freimachung und Konversion ehemaliger militärischer Standorte und die Umwidmung ehemaliger Bahnflächen, verbunden mit dem Projekt "Stuttgart 21", der geplanten Verlegung des Stuttgarter Hauptbahnhofs in Tief-lage, gibt dieser Innenentwicklung wichtige Impulse. Dennoch: auch der Flächennutzungsplan 2010 weist neue Siedlungsflächen aus und bereitet neue Eingriffe in landwirtschaftliche Flächen vor. Jede zusätzliche Erweiterung der Siedlungsfläche vernichtet Naturschätze, abgesehen von den gesicherten Waldflächen.

Das Zukunftskonzept zur Lokalen Agenda 21 "*Flächenmanagement Stuttgart*", im Jahr 2000 gemeinsam von Lokaler Agenda und Amt für Umweltschutz erarbeitet, analysiert Ursachen und Auswirkungen der Siedlungsflächenentwicklung und stellt ein Aktionsprogramm zum Flächenschutz vor.

Nachhaltiges Bauflächenmanagement (NBS)

Seit 2001 erarbeitet das Stadtplanungsamt federführend ein Konzept zum "*Nachhaltigen Bauflächenmanagement in Stuttgart (NBS)*". NBS unterstützt die Umsetzung des Flächennutzungsplans FNP 2010 im Innenbereich und zielt darauf ab, bis 2010 den Flächenbedarf von ca. 5,5 Millionen Quadratmeter Geschossfläche durch *Brachflächenrecycling* zu decken. Durch die aktuelle Erfassung aller Brachflächen wurde bestätigt, dass auf den insgesamt erfassten 300 Standorten mit ca. 500 Hektar Fläche genügend Bauflächenpotenziale vorhanden sind. NBS verdeutlicht die Notwendigkeit, das Brachflächenpotenzial in einem Kataster zu erfassen, um Stadtplanung und Wirtschaftsförderung eine stets aktuelle Übersicht zu gewähren. Das Kataster muss kontinuierlich aktualisiert werden, denn neue Brachflächen wachsen nach, während bekannte wiedergenutzt werden. NBS konzentriert sich daher auf die Entwicklung und Implementierung eines fortschreibbaren und intranetfähigen Katasters baulicher Brachflächen. Weitere Elemente des Konzeptes sind Vorstudien und Testplanungen zur Verifizierung und Absicherung des Nutzungskonzeptes als Voraussetzung zur besseren Aktivierung der Brachflächen, Indikatoren zur Erfolgskontrolle und ein Konzept zur verwaltungsinternen Umsetzung.

Brachflächenrecycling auf ehemals industriell oder gewerblich genutzten Flächen erfordert meist eine Untersuchung und Sanierung bestehender Altlasten. Seit 1995 verfügt Stuttgart über ein umfassendes Konzept zur kommunalen Altlastenbearbeitung. 1996 konnte ein Altlastenkataster in Betrieb genommen werden, das seither ständig fortgeschrieben und aktualisiert wird. Mit Hilfe des "*Kommunalen Altlastenfonds Baden-Württemberg*" und des ergänzenden "*Altlastenfonds Stuttgart*" gelingt es in vielen Fällen, die Altlastenfrage zu klären, die Aktivierung von Brachflächen vorzubereiten und zu unterstützen. ■



Siedlungsraum Stuttgart 2000

Bodenschutzkonzept Stuttgart (BOKS)

Das "*Bodenschutzkonzept Stuttgart (BOKS)*" wird seit 2001 im Amt für Umweltschutz erarbeitet. BOKS zielt auf die Verbesserung des Bodenschutzes ab. Es ergänzt die quantitativen Aspekte des Flächenschutzes mit qualitativen Aspekten des Bodenschutzes. Ziel ist es, dem Boden im bauleitplanerischen Abwägungsprozess einen mit den Umweltmedien Wasser und Luft und dem Artenschutz vergleichbaren Stellenwert zu verschaffen. Konkrete alternative Szenarien und Schutzstrategien für den Boden sollen den Gemeinderat in die Lage versetzen, in Ausübung seiner kommunalen Planungshoheit die künftige Handlungsstrategie zum "*Bodenschutz in Stuttgart*" festzulegen.

Transnationale Zusammenarbeit

Im März 2003 beginnt ein ergänzendes Projekt, gefördert aus dem INTERREG III B CADSES Programm der Europäischen Union. Anhand von Modellvorhaben in Budapest, Mailand und Stuttgart wird beschrieben, wie durch eine weitere Optimierung der Elemente "Brachflächen- und Altlastenkataster", "Testplanung", "Altlastenuntersuchung" und "Kommunikation" privates Kapital zur Überwindung von Blockadesituationen auf innerstädtischen Brachflächen aktiviert werden kann. Erklärtes Ziel ist es, die Brachflächenentwicklung so zu gestalten, dass der private Planungs- und Finanzierungsanteil erhöht wird, ohne jedoch qualitative und ökologische Ansprüche an die Projekte zu vernachlässigen. Beteiligt sind an dem Projekt PROSIDE (Promoting Sustainable Inner urban Development) - neben der Stadtverwaltung Stuttgart und dem Institut für Städtebau und Landesplanung der Universität Karlsruhe (TH) - die Stadtverwaltungen von Budapest, Mailand, Lodz, Ploiesti (Rumänien) und Wien. Gerade für die osteuropäischen Städte ist das PROSIDE-Konzept von großem Interesse. In Zusammenarbeit mit osteuropäischen Partnern wird ein Konzept weiterentwickelt, dessen Bauteile in Stuttgart und Mailand entstanden sind.

Durch regionales Flächenmanagement zu ressourcenschonender Siedlungsentwicklung

In immer mehr Regionen wird in Deutschland durch verhandlungsbasierte Planungs- und Abstimmungsverfahren versucht, ressourcenschonendere Siedlungspfade einzuleiten. Kommunale Baulandentwicklung entwickelt sich so zu einer regionalen Gemeinschaftsaufgabe. Bei Ansätzen regionalen Flächenmanagements wird die anzustrebende Siedlungsentwicklung auf diskursivem Wege bestimmt und eine umsetzungsorientierte Siedlungsstrategie gemeinsam entworfen. Dazu wählen die als Verhandlungssystem organisierten Planungsakteure nach komplexer Folgenabschätzung möglichst die Siedlungsvariante mit den geringsten negativen Folgen aus. Anschließend wird kollektiv verbindlich festgelegt, wo bauliche Erweiterungen des Siedlungsbestandes erfolgen sollen und wo Baulandentwicklung zu unterbleiben hat. In nachfolgenden Schritten wird die Umsetzung des erarbeiteten Siedlungskonzeptes durch Initiierung und Anpassung von baulichen Vorhaben aktiv angegangen.

von Klaus Einig und Fabian Dosch, Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung BBR, Bonn (D)

Ubiquitäre Baulandausweisung führt zu dispersem Siedlungsflächenwachstum

Ein wesentlicher Grund für die ressourcenzehrende Ausdehnung der Siedlungsfläche ist die mangelhafte Abstimmung der vielzähligen Einzelplanungen der unterschiedlichen Planungsträger des öffentlichen Sektors. Der anhaltend starke Deregulierungsdruck wird allerdings zukünftig keine Aufwertung der Steuerungskapazität von Landes- und Regionalplanung ermöglichen, so dass eine verbesserte hierarchische Koordination der Einzelplanungen nicht zu erwarten ist. Die künftige regionale Siedlungsentwicklung wird sich daher weiterhin vorrangig aus den dezentralen Plänen vielzähliger Gebietskörperschaften ergeben. Bisher erfolgt eine freiwillige Koordination der regionalen Baulandentwicklung auf dem Wege horizontaler Abstimmung zwischen den einzelnen Gemeinden noch zu selten, so dass eine ressourcenschonende Siedlungsentwicklung großflächig noch nicht eingeleitet werden konnte. Reformen zielen daher mehr denn je auf die Einleitung und Effektivierung regionaler Zusammenarbeit zwischen den zahlreichen Planungsakteuren ab. Der Förderung kooperativer horizontaler und vertikaler Koordinationsansätze in der Raumplanung hat sich ein Modellvorhaben der Raumordnung angenommen.

Kontakt

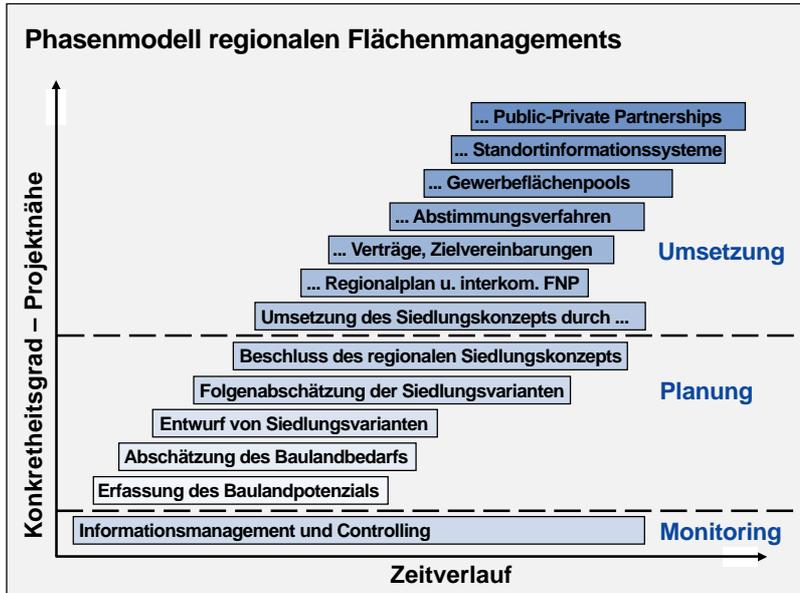
Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung
Federal Office for Building and Regional Planning
Referat für Raumentwicklung
Deichmanns Aue 31-37, D – 53179 Bonn
Klaus Einig: klaus.einig@bbr.bund.de
Dr. Fabian Dosch: fabian.dosch@bbr.bund.de
www.bbr.bund.de

Flächenmanagement als Gemeinschaftsaufgabe

Beim regionalen Flächenmanagement gibt es keinen Zentralakteur. Seine Steuerungsleistung geht v.a. aus der arbeitsteiligen Zusammenarbeit autonomer und gleichberechtigter korporativer Akteure hervor, die vorrangig dem öffentlichen Sektor angehören. Im Kern basieren Ansätze regionalen Flächenmanagements somit auf verhandlungsbasierten Prozessen horizontaler und vertikaler Politikverflechtung, in die all jene Planungsträger eingebunden sind, die in einer Region mit der Vorbereitung und Lenkung baulicher Flächennutzungen direkt und indirekt betraut sind. Primäres Ziel regionalen Flächenmanagements ist die Gewinnung kollektiver Handlungsfähigkeit zur Realisierung regionaler Wohlfahrtsgewinne.

Die Phasen regionalen Flächenmanagements

Regionales Flächenmanagement ist nicht einfach ein "hochzoomen" der Aufgaben kommunalen Flächenmanagements auf die regionale Ebene. Zentrale Herausforderung regionalen Flächenmanagement ist die Kombination rahmensetzender Entwicklung von regionsweiten Leitbildern und Zielsystemen mit einer umsetzungsorientierten, projektbasierten Vorgehensweise. So sollen die negativen Folgen einer Planung durch Projekte vermieden werden, die oft zu einer riskanten Vernachlässigung kumulativer Verstärkungsfolgen führen. Aber auch die traditionellen Gesamtplanungen der Regional- und Landesplanung bergen Risiken. Zwar haben sie die Siedlungsentwicklung der Region gesamthaft im Blick, wegen ihres oft unrealistischen globalen Gestaltungsanspruchs und fehlenden Umsetzungsinstrumenten bleibt ihr Vollzug meist unzureichend.



Die Verknüpfung von Rahmen- und Projektplanung macht Ansätze regionalen Flächenmanagements zu einem komplexen Aktivitätenbündel. In zeitlich versetzten Phasen sind folgende Aufgaben in regionalen Verhandlungssystemen von den Planungsakteuren anzugehen und zu bewältigen:

- Einigung auf *gemeinsame Ziele* regionaler Siedlungsentwicklung,
- Entwurf eines *umsetzungsorientierten, realistischen regionalen Siedlungskonzeptes*,
- Durchführung komplexer *Folgenabschätzungen*, um die verträglichste Strategie regionaler Baulandentwicklung auswählen zu können,
- Regelung der Konzeptumsetzung durch *Zielvereinbarungen*, Verträge, verbindliche Pläne oder kollektiv bindende Beschlüsse ,
- *Initiierung von Projekten* und Vorhaben, die der Verwirklichung der Siedlungskonzeptionen dienen,
- Einrichtung von *Abstimmungsverfahren*, um die Übereinstimmung dezentraler Vorhabenplanungen und Projektrealisierungen im Sinne der Konzeptziele zu gewährleisten,
- gemeinsamer Aufbau von Informationsinfrastrukturen und regionsweiten *Controllingansätzen*, um den Steuerungserfolg messen und reaktionsschnell Maßnahmen einleiten zu können.



Projektinfo und Fallbeispiele:

www.bbr.bund.de/raumordnung/moro/flaechenmanagement

Allerdings gelingt es in der Praxis nur selten diese vielfältigen Aufgaben im vollem Umfang zu realisieren. Meistens werden in den Verhandlungssystemen Schwerpunktsetzungen getroffen, so dass sich die praktische Durchführung regionalen Flächenmanagements oft nur auf einzelne Phasen beschränkt. Zukünftig besteht die politische Herausforderung daher vorrangig in der Umsetzung integrierter Ansätze, die möglichst alle Aufgabenphasen berücksichtigen. Schon jetzt zeigen die im Modellvorhaben dokumentierten Fallbeispiele, daß sich bereits erfolgreiche regionale Problemlösungen im Sinne eines komplexen regionalen Flächenmanagements durchsetzen konnten. ■

Bodenbewertung in Planungsverfahren – aktueller Sachstand in Deutschland

Um einen nachhaltigen Bodenschutz im Spannungsfeld zwischen der Bewahrung der natürlichen Bodenfunktionen und der Inanspruchnahme durch die Nutzungsfunktionen durchsetzen zu können, bedarf es einer gründlichen Bewertung der Böden. Erst verständliche und vergleichbare Instrumentarien der Bodenbewertung ermöglichen eine qualifizierte Abwägung des Schutzguts Boden im Planungsprozess.

von Irene Dahlmann, Niedersächsisches Landesamt für Ökologie, Hildesheim (D)

Die praktische Verwirklichung des *Bodenschutzes im Planungsprozess* setzt Anwendungssicherheit und verlässliche Maßstäbe voraus. Die Einfachheit dieser Forderungen scheint gegenwärtig noch utopisch, betrachtet man den Erfolg bisheriger Bemühungen, Bodenschutz auf allen Planungsebenen u.a. in der Raumordnung, der Landschaftsplanung und der Bauleitplanung nachhaltig zu verankern und nachvollziehbar zu machen. Bodenschutz muss, neben der Begrenzung stofflicher Einwirkungen auf den Boden, prioritär in der Vorsorge ansetzen. Ein besonderes Problem stellt der Flächenverbrauch dar. Der überwiegende Teil aller Flächennutzungen ist

in der Regel mit dem nachhaltigen Verlust an Böden, damit an Defiziten ihrer Funktionserfüllung - zumindest bei den natürlichen Bodenfunktionen und der Archivfunktion - verbunden. Mit Erlass des *Bundes-Bodenschutzgesetzes (BBodSchG)* wurde dem Bodenschutz ein eigener rechtlicher Rahmen gegeben. Von zentraler Bedeutung ist im BBodSchG der Begriff der "*schädlichen Bodenveränderung*". Nach § 2 Abs. 3 BBodSchG versteht man darunter Beeinträchtigungen der Bodenfunktionen, die geeignet sind, Gefahren, erhebliche Nachteile oder erhebliche Belästigungen für den Einzelnen oder die Allgemeinheit herbeizuführen.

Natürliche Bodenfunktionen und Archivfunktion nach dem BBodSchG und ihre Operationalisierungspraxis in Niedersachsen (vgl. Müller et al. 2000 verändert)

Bodenfunktion nach BBodSchG	Bewertungsrelevante (Teil-)Funktion	Kriterien
1. Natürliche Funktionen als Lebensgrundlage und Lebensraum für Menschen, Tiere, Pflanzen und Bodenorganismen	Lebensraumfunktion	<ul style="list-style-type: none"> • Besondere Standorteigenschaften (Extremstandorte) • Naturnähe • Natürliche Bodenfruchtbarkeit
Bestandteil des Naturhaushalts, insbesondere mit seinen Wasser-Wasserrückhaltevermögen und Nährstoffkreisläufen	Regelungsfunktion	<ul style="list-style-type: none"> • Bodenwasserhaushalt: <ul style="list-style-type: none"> - im Wasserhaushalt - im Stoffhaushalt
Abbau-, Ausgleichs- und Aufbaumedium für stoffliche Einwirkungen auf Grund der Filter-, Puffer- und Stoffumwandlungseigenschaften, insbesondere auch zum Schutz des Grundwassers	Filter- und Pufferfunktion	<ul style="list-style-type: none"> • Filterpotenzial gegenüber: <ul style="list-style-type: none"> - Schwermetallen - Organika - Nitrat
2. Funktionen als Archiv der Natur- und Kulturgeschichte	Archivfunktion	<ul style="list-style-type: none"> • Naturgeschichtliche Bedeutung • Kulturgeschichtliche Bedeutung • Seltenheit

Ob und wie weit Böden und ihre Funktionen beeinträchtigt werden können, entscheidet sich in besonderem Maße in Planungs- und Zulassungsverfahren, wie z.B. in der Bauleitplanung, bei Verkehrs- und Infrastrukturvorhaben und im Gewässerausbau. Dabei sind die Bodenschutzbelange als eigenständige öffentliche Belange in die Abwägung einzustellen. In welchem Maße sie dabei zur Geltung kommen und sich gegenüber anderen Belangen gegebenenfalls durchsetzen können, bestimmt sich insbesondere durch die Gewichtung der Bodenbelange. Diese ist umso größer, je bedeutender, je empfindlicher bzw. je schutzwürdiger der betroffene Boden und seine Funktionen sind. Insbesondere sollen Beeinträchtigungen der natürlichen Bodenfunktionen und der Archivfunktion vermieden werden (vgl. § 1 BBodSchG). Um dieses zu konkretisieren, ist deren sachgerechte Bewertung erforderlich.

In Abhängigkeit von den jeweiligen Planungs- und Zulassungsverfahren sind die Bodenteilfunktionen unterschiedlich stark betroffen. Im Sinne der Effizienz und Verhältnismäßigkeit ist in jedem Verfahren zu prüfen, welche Bodenteilfunktionen bewertet werden müssen. So ist z.B. die Bodenteilfunktion

- *Lebensgrundlage für Menschen* bei Schadstoffeintrag relevant,
- *Lebensgrundlage für Pflanzen* eine zentrale Größe innerhalb der natürlichen Bodenfunktionen,
- *Abbau-, Ausgleichs- und Aufbaumedium* für verschiedene Stoffgruppen wichtig bei Vorhaben, die mit Schadstoffemissionen verbunden sind.

Die genannten (Boden)teilfunktionen werden mit Hilfe von Kriterien konkret beschrieben. Zur Ermittlung schutzwürdiger Böden können mehrere Kriterien herangezogen werden (siehe Übersicht S. 11). Voraussetzung für die praktische Anwendung der verschiedenen Bodenbewertungsmethoden sind geeignete Datengrundlagen. Bundesweit ist die Datenlage der bodenkundlichen Grundlageninformationen auf der oberen Planungsebene relativ gut, während sie auf der mittleren und unteren Stufe eher ungenügend ist, abgesehen von Daten der Bodenschätzung und der forstlichen Standortkartierung. Mit den Daten der Bodenschätzung liegen für die landwirtschaftlich genutzten Böden homogene bodenkundliche Daten vor, die zurzeit inhaltlich nur begrenzt einsetzbar sind. Die Digitalisierung der Bodenschätzungsdaten im allgemeinen, die Digitalisierung der Grablochbeschriebe (Profildaten) und ihre Übersetzung in die gebräuchliche Nomenklatur (KA4) sollte daher bundesweit vorangetrieben werden, um großmaßstäbig aufgelöste Bodendaten für große Teile der Bundesrepublik vorliegen zu haben. ■

Literatur und Links

- Bundesverband Boden (BVB) (1999): Bodenschutz in der Bauleitplanung. – Vorsorgeorientierte Bewertung. ESV-Verlag. www.bvboden.de
- Gunreben M., Bierhals E., Boess J., Dahlmann I., Jungmann S., Müller U. (2003): Schutzwürdige Böden in Niedersachsen.
- Müller et al. (2000): Bodenschutz in Raumordnung und Landschaftsplanung. Arbeitshefte Boden 2000/4.

"Ohne Boden – bodenlos" – eine Denkschrift zum Bodenbewusstsein

Wissenschaftlicher Beirat Bodenschutz WBB beim Bundesumweltministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit BMU

Das Werk des renommierten Künstlers *Hans Haacke* "Der Bevölkerung", ein Trog voll gemischten Bodenmaterials im Innenhof des Reichstagsgebäudes im Deutschen Bundestag zu deponieren, konfrontiert uns mit seiner bildhaften Sprache mit dem Thema Boden. Allzu selten werden ästhetische Symbole benutzt, prägnant und bildhaft das besonders medienperrige Umweltmedium Boden in unserer Wahrnehmung wachzurufen, dort wo es mit dem Rückzug der Landwirtschaft und des sinnlichen Erfahrens für die meisten von uns entschwunden ist.

Umweltwissen zu vermitteln, ist eine Kunst – besonders wenn sie bildreich und prägnant ist. Denkschriften stehen dabei im Allgemeinen selten unter dem Verdacht, aufzurütteln. Doch ist ein Ansinnen des WBB, die Gefährdung der Böden wahrzunehmen und Initiativen zum Schutz zu wecken. Die Autorinnen und Autoren appellieren daher:

"Achtet mehr auf die Böden".

In der Publikation wird auf 57 reich bebilderten Seiten der Wert des Bodens illustriert, der der Bedrohung der Böden gegenübersteht: Bodendegradation durch Arzneimittel oder Gentechnik, Schwermetall- Kontaminationen, Klimaänderungen und Siedlungsexpansion.

Alle können etwas zum Bodenschutz beitragen - Grundbesitzer, Landwirte, Naturschützer, Pädagogen. Bodenbewusstsein schaffen, ist eine Herausforderung auch für Kindergarten, Ausbildung und Medien. Wie, – das verraten die Wissenschaftler mit zahlreichen Empfehlungen.

Eine, durchgehend lesenswerte, zuweilen anspruchsvolle Lektüre, mit umfangreichen Informationsquellen, zum Nach- und Vordenken.

Die durch die Deutschen Bundesstiftung Umwelt geförderte Denkschrift "Ohne Boden - bodenlos" ist *kostenlos* erhältlich bei der Geschäftsstelle des WBB, c/o Umweltbundesamt, FG II 5.1, Kerstin Seidler, Postfach 33 00 22, D-14191 Berlin e-mail: kerstin.seidler@uba.de oder zum download unter www.Wissenschaftlicher-Beirat-Bodenschutz.de

Kontakt

Irene Dahlmann, Niedersächsisches Landesamt für Ökologie, D-31110 Hildesheim
irene.dahlmann@nloe.niedersachsen.de

Freiflächenschutz in der Stadtentwicklung von Wien

Die folgenden Ausführungen geben einen Überblick über die planerischen Instrumente der Stadt Wien zum Freiflächenschutz; das sind Leitbilder zur gewünschten Entwicklung von Grünräumen (Entwicklungsplanung) sowie verbindliche Festlegungen von Schutzzonen (Ordnungsplanung). Zudem werden auch "unkonventionelle" Ansätze des Freiflächenschutzes aufgezeigt, die in Zusammenhang mit einem Forschungsprojekt zu Optionen der Stadtlandwirtschaft in Wien entwickelt wurden (vgl. Maurer et al., 2002). Die Autoren dieses Artikels waren an diesem Projekt maßgeblich beteiligt.

von Univ.-Ass. Dipl.-Ing. Kim Meyer-Cech und Univ.-Ass. Dipl.-Ing. Dr. Walter Seher,
Institut für Raumplanung und Ländliche Neuordnung, Universität für Bodenkultur, Wien (A)

Konventionelle planerische Ansätze zum Freiflächenschutz

Stadtentwicklungsplan

Der Stadtentwicklungsplan 1994, kurz STEP 94, basiert auf den einander ergänzenden Strategien der Stadterneuerung (*Verbesserung der Lebensbedingungen im Stadtgebiet*) und der Stadterweiterung (*Steuerung des Stadtwachstums*). Er definiert elf Entwicklungsachsen, entlang derer die Stadterweiterung stattfinden soll. Zwischen diesen Entwicklungsachsen sollen großflächige Grünräume erhalten werden. Der STEP 94 ist ein Leitbild, das nicht zuletzt aufgrund des kleinen Maßstabs (1:50.000) in nachgeschalteten Plänen und Programmen noch konkretisiert werden muss. Da der STEP 94 in der Wiener Bauordnung nicht verankert ist, hat er nur den Status einer unverbindlichen Richtlinie.

Grüngürtel Wien

Der Plan zum Grüngürtel Wien 1995 weist ein zusammenhängendes System von Grün- und Freiräumen für Wien aus.

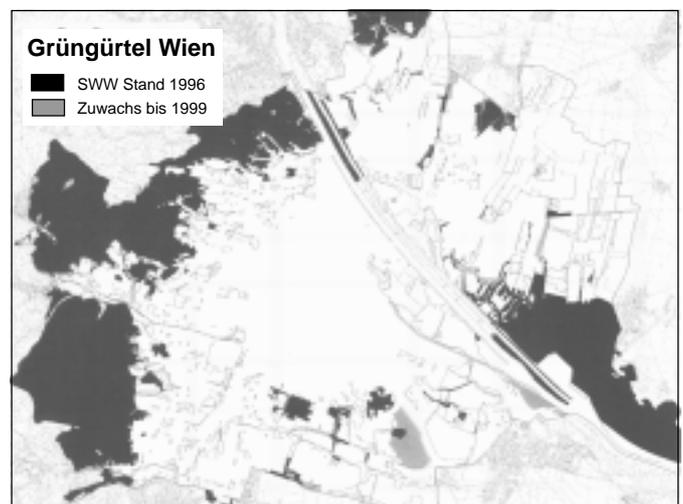
Dazu gehören bereits nach dem Wiener Naturschutzgesetz geschützte Landschaften, wie beispielsweise der Wienerwald oder der Wiener Anteil am Nationalpark Donauauen. Zum anderen enthält der Grüngürtel "landschaftsgestalterische Vorrangflächen", die allerdings erst durch eine entsprechende Widmung im Flächenwidmungsplan als Freifläche gesichert werden müssen.

Kontakt

Institut für Raumplanung und Ländliche Neuordnung IRUB
Univ. für Bodenkultur BOKU, Peter Jordan-Str. 82, A-1190 Wien
DI Kim Meyer-Cech: kmeyer@edv1.boku.ac.at
Dr. DI Walter Seher: walter.seher@boku.ac.at

Widmung im Flächenwidmungsplan

Der Flächenwidmungsplan ist das Planungsinstrument zur Steuerung der räumlichen Entwicklung auf örtlicher Ebene. Seine rechtliche Grundlage bildet in Wien die Bauordnung. Wird im Grüngürtel die Ausweisung einer Freifläche als Grünkeil oder Grünverbindung verlangt, so ist die Widmung "Grünland, Schutzgebiet Wald- und Wiesengürtel" (SWW) gemeint, die den bestmöglichen Schutz der Freifläche bietet. Der Zweck der SWW-Widmung besteht in der Sicherung von Freiflächen, die der Gesundheit und Erholung der Bevölkerung dienen. Eine land- und forstwirtschaftliche Nutzung ist zulässig. Tatsächlich ist es so, dass nur ein Teil der Flächen des ausgewiesenen Grüngürtels mit einer SWW-Widmung belegt ist (siehe Abbildung).



Entwicklung der Grüngürtelflächen mit SWW-Widmung
(Quelle: Magistrat der Stadt Wien, Magistratsabteilung 18)

Dies sind vor allem Gebiete, die auch schon naturschutzrechtlichen Bestimmungen unterliegen. Der Großteil der Flächen ist mit anderen Grünlandwidmungen belegt, deren Schutzbestimmungen aber weniger restriktiv sind. Das ist zum einen die Widmung *"Grünland, Schutzgebiet Wald- und Wiesengürtel, das der landwirtschaftlichen Nutzung vorzubehalten ist"* (kurz SWWL), bei der unter gewissen Auflagen auch die Errichtung landwirtschaftlicher Nutzbauten erlaubt ist, zum anderen die Widmung *"Grünland, ländliches Gebiet."*

Diese letztgenannte Widmung bietet bezüglich langfristigen Freiflächenschutz eine deutlich geringere Sicherheit. Umwidmungen in Bauland bzw. in Kleingartengebiete sind aufgrund des hohen Nutzungsdruckes im Stadtrandgebiet häufig. Für dichter bebaute Stadtgebiete stehen der Stadtplanung diverse Widmungskategorien zum Schutz von Erholungs- und Parkgebieten zur Verfügung:

Ankauf der betreffenden Freifläche durch die öffentliche Hand

Eine effiziente Methode zur Freiflächensicherung ist zusätzlich zur Widmung der Ankauf der Flächen durch die öffentliche Hand. Seit dem Beschluss des Wiener Grüngürtels 1995 konnten allerdings aufgrund budgetärer Restriktionen erst 50 der geplanten 1.000 ha Grüngürtelfläche durch die Stadt Wien erworben werden. Weite Teile der großflächigen Erholungsgebiete Wienerwald im Westen und Lobau im Osten der Stadt befinden sich bereits seit langem im Eigentum der Stadt Wien.

Landschafts- und Grünordnungspläne

Den übergeordneten Plänen, wie Grüngürtel oder Stadtentwicklungsplan, sind in Bezug auf Freiflächenschutz die Instrumente Landschaftsplan und Grünordnungsplan (jeweils auf größerer Maßstabsebene) nachgeschaltet. Diese Instrumente haben allerdings keine rechtliche Verankerung in der Wiener Bauordnung. Auf von solchen Plänen betroffenen Flächen, die sich nicht im Eigentum der Stadt Wien befinden, gestaltet sich die Umsetzung der darin vorgeschlagenen landschaftsplanerischen Maßnahmen sehr schwierig.

Literatur

Maurer, L. et al. (2002): Optionen für die Entwicklung von Landwirtschaft und Gartenbau in Wien. Forschungsprojekt im Rahmen der Kulturlandschaftsforschung (Auftraggeber: Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur; Stadt Wien, Magistratsabteilung 22). Endbericht, Eigenverlag, Wien.

"Unkonventionelle" Ansätze zum Freiflächenschutz

Ein großer Teil der im Grüngürtel und anderen Landschafts- und Grünordnungsplänen ausgewiesenen Flächen wird aktuell landwirtschaftlich genutzt. Die Landwirtschaft leistet damit einen wesentlichen Beitrag zur Sicherung von Freiflächen im Stadtgebiet von Wien. Während der Weinbau ökonomisch relativ stabil ist und die Weinbauflächen widmungsmäßig abgesichert sind (SWW- und SWWL-Widmungen), sind die ackerbaulich genutzten Flächen im Nordosten und im Süden von Wien von laufender außeragrarischer Umnutzung betroffen. Eine der Hauptzielsetzung des Forschungsprojekts *"Optionen für die Entwicklung von Landwirtschaft und Gartenbau in Wien"* (vgl. Maurer et al., 2002) war es daher, Strategien für die Erhaltung landwirtschaftlich genutzter Flächen als Freiflächen zu entwickeln.

Die Zielrichtung der Optionen besteht darin, neben dem Freiflächenschutz durch hoheitliche Maßnahmen eine Aufwertung der Landwirtschaftsflächen zu erreichen. Eine Aufwertung in zweierlei Hinsicht: nämlich als ökonomische Aufwertung der die Freiflächen prägenden Nutzung sowie als Steigerung der Wertschätzung der landwirtschaftlich genutzten Flächen durch die Bevölkerung (vergleichbar dem Image anderer städtischer Naherholungsgebiete).

Dazu wurde ein Maßnahmenbündel mit den Kernbereichen ökologischer Landbau, Direktvermarktung (gerade im urbanen Gebiet ergeben sich zunehmend Möglichkeiten und Absatzmärkte für eine innovative Landwirtschaft), Öffnung der Flächen für Naherholungsmaßnahmen, Selbsterntefelder, Schule am Bauernhof sowie *"Agritainment"* ("Strohzeit", Maislabyrinth) und Land Art entwickelt. In einem zweiten Projektschritt gilt es nun, erste Umsetzungsschritte für diese Maßnahmen zu setzen.

Am Beispiel Wien zeigt sich, dass der erfolgreiche Beitrag ordnungsplanerischer Instrumente zum Freiflächenschutz sowohl vom Grad ihrer Verbindlichkeit als auch von begleitenden entwicklungsplanerischen Ansätzen und Bewusstseinsbildungsprozessen abhängt. Freiflächenschutz, soll er von Dauer sein, kann aber nicht nur verordnet werden. Zukunftsfähige Schutzmechanismen sollten, neben den wichtigen ordnungspolitischen Instrumenten, auch einen entwicklungspolitischen Zugang im Sinne einer Aufwertung der Freiflächen beinhalten. Ein solcher integrierter Ansatz kann eine nachhaltige Sicherung von Freiräumen in Stadtregionen gewährleisten. ■

Agglomerationspolitik des Bundes – Herausforderungen der urbanen Schweiz

Rund 70 % der schweizerischen Wohnbevölkerung leben in städtischen Gebieten¹. Als Lebens-, Wirtschafts- und Kulturräum haben sie für die Schweiz zentrale Bedeutung. Die städtischen Gebiete sehen sich heute mit einer Vielzahl von Problemen konfrontiert, welche die Erhaltung und Weiterentwicklung der Standortqualität für die Wirtschaft und der Lebensqualität für die Wohnbevölkerung in Frage stellen.

von Georg Tobler, Leiter Strategiegruppe Agglomerationspolitik, Bundesamt für Raumentwicklung ARE, Bern (CH)

Die Agglomerationen dehnen sich immer weiter in den ländlichen Raum aus. Gleichzeitig führen die wirtschaftliche Entwicklung und die zu billige Mobilität dazu, dass Arbeits- und Wohnort immer weiter auseinander liegen. Zudem sehen sich die Agglomerationen mit einer zunehmenden sozialen Entmischung konfrontiert. Schliesslich bringt das föderalistische Staatssystem eine differenzierte Aufgabenverteilung zwischen Bund, Kantonen und Gemeinden mit sich. Die komplexen Probleme der Agglomerationen können von keiner staatlichen Ebene mehr im Alleingang gelöst werden.

Der Bund wird aktiv

Der Bund hat erkannt, dass auch er einen Beitrag an die Lösung der Probleme und zur Stärkung der Städte zu erbringen hat. Ende 2001 genehmigte der Bundesrat den Bericht zur schweizerischen "*Agglomerationspolitik des Bundes*"².

Wegen der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bedeutung der städtischen Gebiete ist eine nachhaltige Entwicklung des Lebensraumes Schweiz nur möglich, wenn auch die nachhaltige Entwicklung des urbanen Raumes sicher gestellt ist.

¹ Die städtischen Gebiete bestehen aus den isolierten Städten, den Agglomerationen (bestehend aus Kernstädten und Umlandgemeinden), den grenzüberschreitenden Agglomerationen und den Metropolitanräumen.

² Der Bericht und eine Kurzfassung können auf der Homepage des ARE abgerufen: www.aren.admin.ch oder beim Bundesamt für Bauten und Logistik bezogen werden: (Bestell-Nr. 812.012 d/f/i).

Kontakt

Georg Tobler, Leiter Strategiegruppe Agglomerationspolitik, Bundesamt für Raumentwicklung ARE
CH-3003 Bern; E-mail: georg.tobler@are.admin.ch

Aus diesem Grundsatz leitet der Bund **drei Hauptziele** ab:

- Zum einen soll die wirtschaftliche *Attraktivität der Städte* gestärkt und die Lebensqualität für die Bewohnerinnen und Bewohner verbessert werden.
- Zum anderen wird angestrebt, dass die Schweiz ihr *dezentrales Netz von Städten* verschiedener Grösse und Funktionen, die sich gegenseitig ergänzen und stützen, behält.
- Und nicht zuletzt sollen sich die Agglomerationen weitgehend innerhalb ihrer bestehenden Grenzen entwickeln (*Siedlungsentwicklung nach innen*). Die weitere Ausdehnung der Agglomerationen in die Fläche ist sowohl aus wirtschaftlichen, ökologischen und raumplanerischen Gründen unerwünscht.

Koordination und Zusammenarbeit

Die Probleme der Agglomerationen können langfristig nicht gelöst werden, wenn die Gemeinden weiterhin die Probleme nur innerhalb ihrer Grenzen und sektoriell angehen. Aus Sicht des Bundes gibt es mindestens **zwei Schlüsselemente** für die Lösung der Probleme in den Agglomerationen:

- *Die Zusammenarbeit innerhalb der Agglomerationen ist zu verbessern.* Zwar arbeiten die Gemeinden schon heute in verschiedensten Gremien und rechtlichen Formen zusammen. Diese sind aber mehrheitlich sektoriell ausgerichtet und decken sehr unterschiedliche Perimeter ab. Die Verantwortung für eine koordinierte Gesamtentwicklung geht dabei vergessen.
- *Die Probleme sind aus einer gesamtheitlichen Sicht anzugehen.* Die verschiedenen Sachpolitiken, insbesondere die Siedlungsentwicklung und der Verkehr, sind besser zu koordinieren.

Der Bund will die Agglomerationen in dieser Richtung unterstützen und entsprechende Anreize geben.

Modellvorhaben

Einige Agglomerationen haben den Handlungsbedarf erkannt und entwickeln innovative Ansätze. Der Bund möchte den Initianten dieser Ansätze Mut machen. Gleichzeitig will er dafür sorgen, dass andere Agglomerationen von den Erfahrungen profitieren können oder von diesen Projekten animiert werden, ähnliches zu versuchen. Zu diesem Zweck hat der Bund als ein zentrales Instrument seiner Agglomerationspolitik die Modellvorhaben lanciert.

Im Frühjahr 2002 konnten das Bundesamt für Raumentwicklung (ARE) und das Staatssekretariat für Wirtschaft (seco) eine erste Auswahl von elf Modellvorhaben treffen. Anfangs 2003 haben das ARE und das seco eine Auswahl weiterer Modellvorhaben treffen können, welche die bestehenden Modellvorhaben inhaltlich und regional gut ergänzen werden.

Agglomerationsprogramme

Damit die Agglomerationen die Zusammenarbeit und Koordination verbessern können, werden sie zudem durch ein neues Instrument unterstützt, das Agglomerationsprogramm. Es handelt sich dabei um ein umsetzungs- und problemorientiertes Instrument, das durch die Agglomerationen erarbeitet werden soll.

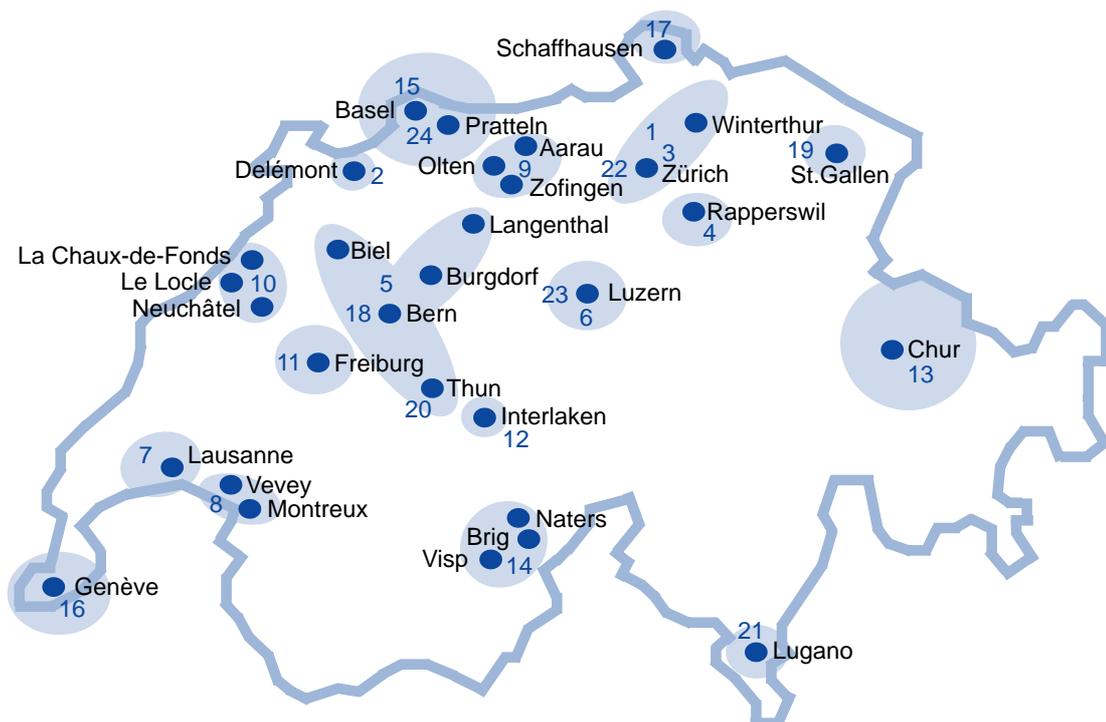
Das Agglomerationsprogramm wird als Gefäss für sämtliche agglomerationsrelevante Themen wie z.B. Sozialpolitik, Kulturpolitik, Raumordnung etc. zur Verfügung stehen. Es hat nicht zum Ziel, flächendeckend sämtliche Probleme und Massnahmen aufzunehmen, sondern soll vielmehr dabei helfen, aus einer Gesamtsicht heraus die **prioritären Handlungsfelder** zu ermitteln und die dazugehörigen Massnahmen effizient und koordiniert umzusetzen.

Der Bund verbindet die Agglomerationsprogramme mit einem **finanziellen Anreiz**. Er beteiligt sich ab 2006 an der Finanzierung des Agglomerationsverkehrs, sofern die Agglomerationen im Rahmen des Agglomerationsprogramms nachweisen, dass die Siedlungsentwicklung und der Verkehr optimal aufeinander abgestimmt sind.

Fazit

Die Modellvorhaben zeigen, dass die Agglomerationsthematik an Dynamik gewonnen hat. Zugleich will der Bund mit gezielten Anreizen für eine stärkere Zusammenarbeit und für eine verbesserte Koordination von Siedlung und Verkehr sorgen. Für die Raumordnung ist diese Konstellation eine einmalige Chance, das Postulat der Siedlungsentwicklung nach innen konsequent umsetzen zu können. ■

Übersicht der Modellvorhaben in den Schweizer Agglomerationen



Modellvorhaben: Neue Dynamik in den Agglomerationen

Bei den meisten Modellvorhaben steht die **Verbesserung der Zusammenarbeit** im Vordergrund. Dagegen ist die Art und Weise, wie dieses Ziel verfolgt werden soll, sehr verschieden.

- Eine Gruppe von Vorhaben nimmt eine oder mehrere Teilaufgaben als Ausgangspunkt für eine intensivere Zusammenarbeit. Die *Agglomerationen Zürich und Winterthur (1)* befassen sich in diesem Zusammenhang mit der Standortpolitik publikumsintensiver Anlagen. *Delémont und seine Nachbargemeinden (2)* richten eine gemeinsame Gewerbezone ein, deren Steuererträge allen beteiligten Gemeinden zugute kommen. Die noch eher locker organisierte Gemeindevereinigung "*glow.das Glattal*" (3) nimmt die neue Glattalbahn zum Anlass, sich grundsätzliche Überlegungen zur Verbesserung der Zusammenarbeit und der Lebensqualität zu machen. Das Projekt "*Agglo Obersee*" will für den *Raum Freienbach, Rapperswil, Jona und Rüti (4)* die Möglichkeiten einer grenzüberschreitenden Zusammenarbeit der Kantone St. Gallen, Zürich und Schwyz ausloten.
- Eine weitere Gruppe geht die Zusammenarbeit breit an und evaluiert mögliche Felder der Zusammenarbeit. Der *Kanton Bern* hat eine Agglomerationsstrategie lanciert, die *alle Agglomerationen des Kantons (5)* einbezieht. Die *Agglomeration Luzern (6)* hat sich ein Leitbild gegeben und will die Zusammenarbeit anhand zweier konkreter Projekte vertiefen; parallel dazu werden Überlegungen zur zukünftigen Ausgestaltung der Zusammenarbeit angestellt. Auch die *Agglomeration Lausanne (7)* wählte einen breiten Ansatz; sie will die Diskussion um mögliche Agglo-Strukturen erst aufnehmen, wenn sich die Beteiligten über den inhaltlichen Handlungsbedarf geeinigt haben. Die *Agglomeration Vevey-Montreux-Riviera (8)* kann mit dem Service des Affaires Intercommunales schon auf gewisse Erfahrungen in der Zusammenarbeit zurückgreifen; sie will auf der Basis der neuen Verfassung des Kantons Waadt eine Intensivierung der institutionalisierten Zusammenarbeit prüfen.
- Zwei Modellvorhaben thematisieren die **Städtenetze**. Die Kantone Aargau und Solothurn wollen im Rahmen der "*Netzstadt Mittelland*" eine Gesamtstrategie für die drei *Agglomerationen Aarau, Olten und Zofingen (9)* entwickeln und gleichzeitig die Zusammenarbeit innerhalb dieser drei Agglomerationen verbessern. Der Kanton Neuenburg hat die Förderung des *Städtenetzes Neuchâtel – Le Locle – La Chaux-de-Fonds (10)* zu einem Schwerpunkt seiner Legislaturplanung gemacht.
- Die *Agglomeration Freiburg (11)* geht die Zusammenarbeit über die Diskussion der **Organisationsstrukturen** an. In Anwendung des kantonalen Agglomerationsgesetzes von 1995 hat eine konstituierende Versammlung der beteiligten Gemeinden die Aufgabe, in den nächsten drei Jahren die Statuten der Agglomeration Freiburg zu erarbeiten.
- Drei Projekte befassen sich mit der **Agglomerationsproblematik im Alpenraum**: *Interlaken (12)* will ein Agglomerationsprogramm mit verschiedenen thematischen Schwerpunkten, vor allem in der Wirtschaft, der Kultur, dem Sport und der Erholung erarbeiten und Überlegungen für die Schaffung einer Agglomerationskonferenz anstellen. Im Modellvorhaben *Chur und Umgebung (13)* sollen die Beziehungen zwischen den städtischen Räumen und den touristischen Temporärstädten analysiert werden und daraus Pilotprojekte der Zusammenarbeit entwickelt werden. Die *Stadtregion Brig / Visp / Naters (14)* befasst sich mit der Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit im Hinblick auf die Eröffnung des NEAT-Basistunnels am Lötschberg.
- Die **internationale Zusammenarbeit** stellt eine besondere Herausforderung für die betroffenen Agglomerationen dar: Vorreiterin in dieser Hinsicht ist sicher die *Trinationale Agglomeration Basel (15)*; sie wird das schon vorliegende Entwicklungskonzept schrittweise in Form von Schlüsselprojekten umsetzen. In der Region "*Franco-Valdo-Genevoise*" (16) wollen die Partner den Prozess zur Erarbeitung eines Agglomerationsprogramms einleiten und dabei auf den schon bestehenden Vorarbeiten aufbauen. Die *Agglomeration Schaffhausen (17)* will die Schaffung neuer Organisationsformen prüfen und mögliche Kooperationsthemen evaluieren.
- Fünf Modellvorhaben greifen das **Thema Verkehr** auf: Die *Region Bern (18)* erarbeitet eine Mobilitätsstrategie, die sämtliche Verkehrsträger und die Raumordnung einbezieht. In *St. Gallen-West (19)* soll versucht werden, die verfahrenre Verkehrssituation über eine gesamtheitliche Planung, das auch die umliegenden Gemeinden einbezieht, in den Griff zu bekommen. In der *Agglomeration Thun (20)* wird ein umfassendes Mitwirkungsverfahren zur Mobilitätsstrategie durchgeführt, um deren Umsetzung sicherstellen zu können. Die *Region Lugano (21)* hat im Rahmen der kantonalen Richtplanung eine Gesamtverkehrsplanung durchgeführt und vertieft diese jetzt in verschiedenen Planungsschritten und –modulen. Und schliesslich will die *Regionalplanung Zürich und Umgebung (22)* ein umfassendes Konzept Siedlung und Verkehr erarbeiten.
- Die **Siedlungsentwicklung nach Innen** behandeln zwei Vorhaben: Das Beispiel *Basel-Bernstrasse in Luzern (23)* thematisiert die Aufwertung eines stark emissions-belasteten Quartiers mit hohem Ausländeranteil. Hier interessiert neben den bekannten Massnahmen der Quartieraufwertung auch die Frage, wie die ausländische Bevölkerung in den Planungsprozess einbezogen werden kann. Das Projekt "*Salina-Raurica*" will für die *Region Augst-Pratteln-Schweizerhalle (24)* die Ansiedlung wertschöpfungsintensiver Arbeitsplätze, interessanter Wohnstandorte, hochstehender kultureller Veranstaltungen und attraktiver Angebote für Erholung und Freizeit ermöglichen.

Agglomerationsstrategie im Kanton Bern

Der Kanton Bern ist äusserst vielfältig, eine Schweiz im Kleinen. Als ständige Aufgabe steht auch bei uns der Ausgleich zwischen Stadt und Land im Vordergrund. Nachdem früher primär auf die Förderung des ländlichen Raums gesetzt wurde, hat sich in den letzten Jahren, ähnlich wie beim Bund, die Erkenntnis durchgesetzt, dass auch die städtischen Gebiete mit drängenden Problemen zu kämpfen haben, welche im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung des ganzen Kantons einer Lösung zugeführt werden müssen. Folgerichtig hat sich der Kanton mit seiner Agglomerationsstrategie, die der Regierungsrat am 12. Dezember 2001 gestartet hat (Projektdauer bis Ende 2005), für einen umfassenden Ansatz entschieden, welcher sämtliche sechs Agglomerationen des Kantons im Blick hat.

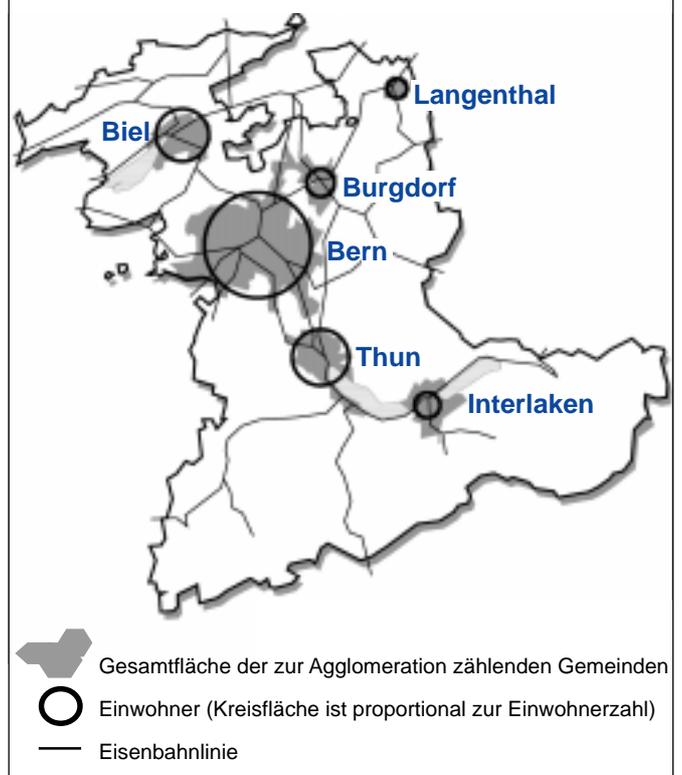
von Andrea Weik, Projektleiterin Agglomerationsstrategie des Kantons Bern, Justiz-, Gemeinden- und Kirchendirektion des Kantons Bern (CH)

Zu beachten ist, dass im Kanton Bern in der jüngeren Vergangenheit bereits Anstrengungen unternommen worden sind, mit geeigneten Handlungsstrategien die besonderen Probleme der Agglomerationen anzugehen. Namentlich zu erwähnen ist der neue, auf den 1.1.2002 in Kraft getretene "Innerkantonale Finanz- und Lastenausgleich", der das in Agglomerationen besonders virulente Problem der Abgeltung von zentralörtlichen Leistungen, die die Städte für ihr Umland zur Verfügung stellen, einer innovativen, in der Zukunft noch weiter ausbaubaren Lösung zugeführt hat. Der lange politische Prozess rund um den neuen Finanz- und Lastenausgleich hat dazu beigetragen, dass das Bewusstsein für die Bedeutung der Agglomeration sowohl als Wirtschaftsstandort als auch als Lebensraum gewachsen ist.

Weiter ist im Februar 2002 der neue "Kantonale Richtplan" in Kraft getreten, welcher die grosse Bedeutung von starken Zentren und Agglomerationen für den Kanton in Rechnung zieht. Von Bedeutung ist auch das Projekt "Gemeindereformen im Kanton Bern" (GEREF) vom 5. Juli 2000, das Strukturentwicklungen in den Gemeinden fördern will und damit ebenfalls agglomerationsrelevant ist. Daneben wird mit dem Programm der "Wirtschaftlichen Entwicklungsschwerpunkte" (ESP) die Entwicklung von wettbewerbsfähigen Standorten vorangetrieben. Und schliesslich ist das "Kulturförderungsgesetz" zu erwähnen, das die Finanzierung bedeutender Kulturinstitute in den Agglomerationen durch die jeweilige Zentrumsgemeinde, den Kanton und die beitragspflichtigen umliegenden Gemeinden vorsieht.

Die Agglomerationsstrategie des Kantons Bern ist somit kein Projekt auf der "grünen Wiese", sondern kann an bereits bestehende Ansätze, Institutionen und Instrumente anknüpfen.

Agglomerationen im Kanton Bern



Kontakt

Andrea Weik, Projektleiterin Agglomerationsstrategie des Kantons Bern
Kantonale Justiz-, Gemeinden- und Kirchendirektion
Münstergasse 2, CH-3011 Bern
E-mail: andrea.weik@jgk.be.ch

Startveranstaltungen in 2002 – Bereitschaft der Behörden

Um die Agglomerationen von Anfang an in die Projektarbeiten einbeziehen und ihnen eine hohe Autonomie und Verantwortung einzuräumen (*bottom-up-Ansatz*), sind im Mai/Juni 2002 in allen Agglomerationen *Startveranstaltungen* durchgeführt worden, an welchen die Chancen und Entwicklungspotenziale sowie die Probleme und der Handlungsbedarf intensiv diskutiert wurden. Erfreulicherweise stiess das Projekt "*Agglomerationsstrategie*" in den betroffenen Gebieten auf grosses Interesse, und die Bereitschaft, vor allem auch seitens der politischen Behörden, ist vorhanden, sich für das Projekt zu engagieren. Einhelligkeit besteht aber darin, dass allfällige neue Zusammenarbeitsformen die Komplexität nicht erhöhen dürfen, sondern zu einer Vereinfachung der Problemlösungsmechanismen führen müssen.

Im Anschluss an die Startveranstaltungen wurden in einzelnen Agglomerationen unter Begleitung der kantonalen Projektleitung erste Arbeiten an die Hand genommen. Bis Ende 2002 sind Arbeitsprogramme erstellt worden. Als Mindestinhalt enthalten diese Arbeitsprogramme in allen Agglomerationen die Bereiche *Kultur; regionale Raumplanung / Verkehr; regionale Standortentwicklung und institutionelle Zusammenarbeit*. Es hat sich gezeigt, dass diesbezüglich in allen Agglomerationen Handlungsbedarf besteht.

Die einheitlich gewählten Politikbereiche sollen die Möglichkeit bieten, im Rahmen der vertieften Untersuchungen für alle Agglomerationen generalisierbare Strategien zu entwickeln. Daneben können auch weitere Schwerpunktthemen vertieft werden, welche für die Agglomeration von besonderem Interesse sind.

Vorgehen 2003 – Schwerpunkte in den Arbeitsprogrammen

Im Bereich der Kultur sollen Vorschläge zur Vereinfachung, bzw. Neuregelung der *Kulturfinanzierung* erarbeitet werden. In den Bereichen Raumplanung/Verkehr geht es um die Frage der *Verbindlichkeit regionaler Richtpläne* sowie um die Bearbeitung von *Gesamtverkehrsstudien* in den einzelnen Regionen. Bei der Standortentwicklung werden Fragen der *Wirtschaftsförderung* (Kompetenzabgrenzungen, Abfedern der Konkurrenzsituation bei der Ansiedlung neuer Unternehmen) und die Thematik eines *interkommunalen Ausgleichsmechanismus* (z.B. beim Verzicht einer Gemeinde auf eine potenzielle Nutzung) innerhalb von Agglomerationen zu prüfen sein. In institutioneller Hinsicht schliesslich ist die Frage der verbindlichen *Entscheidfindung von gemeindeübergreifenden Gremien* zentral.

Ausblick – Weiterentwicklung in ländlichen Gebieten

Eine grosse Herausforderung wird darin bestehen, auch die ländlichen Gebiete für die Probleme der Agglomerationen zu sensibilisieren, damit die Agglomerationsstrategie auf breite Akzeptanz stösst. Neben der eigentlichen Projektarbeit wird deshalb auch der Kommunikation im Kanton grosses Gewicht eingeräumt werden. ■

Zwei regionale Projekte im Rahmen der Agglomerationsstrategie Kanton Bern

1. Projekt Agglomeration Bern

Am 15. November 2002 ist das Projekt "*Agglomerationsstrategie Region Bern*" vom Vorstand des Vereins Region Bern (VRB) zustimmend zur Kenntnis genommen worden. Das Modell schlägt weitreichende Anpassungen vor. Es baut auf kantonal zu erlassenden Grundlagen für Strukturen auf, die verbindliche Entscheide mit Wirkung für die ganze Region zulassen. Auf die Schaffung einer sogenannten vierten Gebietskörperschaft (neben Bund, Kanton, Gemeinde) mit eigenem Parlament, festem Perimeter, Steuerhoheit etc. soll verzichtet werden, ebenso wie auf eine Gemeindefusionen ("*Grossbern*").

Die Lösungsansätze sollen sich auf bestehende personelle politische Ressourcen abstützen. Unter Beachtung rechtsstaatlicher und demokratischer Grundsätze (Referendumsmöglichkeit) sollen die Gemeindepräsidien in Form eines Regionalrates neue Funktionen im Hinblick auf eine neue, verbindliche Agglomerationspolitik erhalten. Von einer Volkswahl soll abgesehen werden. Das Stimmrecht soll einwohnergewichtet und die Bindung der Mandate möglich sein.

Die Agglomeration Bern mit variablem Perimeter pro Politikbereich soll insbesondere in den Bereichen der regionalen Richtplanung, der Verkehrsentwicklung, der wirtschaftlichen Entwicklung und der Kultur zuständig sein.

2. Projekt Agglomeration Interlaken

Im Rahmen eines prozessorientierten Vorgehens haben Behördenmitglieder aller betroffenen Gemeinden in Gruppenarbeiten ein Stärken-/Schwächen-Profil der Agglomeration Interlaken erstellt. Daraus wurden die grobe Stossrichtung und die prioritären Handlungsfelder für ein Agglomerationsprogramm abgeleitet. Das Projekt "*Interlaken auf dem Weg zur Alpen- und Tourismusstadt*" ist Anfang dieses Jahr vom Bund als Modellvorhaben anerkannt worden. Nebst den einheitlichen Themenschwerpunkten wird insbesondere auch den Folgen der zunehmenden Verstädterung im Alpenraum - ein neues Phänomen im Urbanisierungsprozess - Beachtung geschenkt. Schliesslich wird die Zentrumsfunktion der Agglomeration Interlaken vor allem mit Blick auf das ländliche Einzugsgebiet definiert, um der Abwanderung der Bevölkerung aus den Alpentälern Einhalt gebieten zu können.

Weitere Informationen

www.regionbern.ch

Grenzüberschreitende Raumplanung in der Trinationalen Agglomeration Basel (TAB)

Nur mit einer gemeinsamen und intelligenten Nutzung des Raumes lassen sich die zunehmenden und vielfältigen Ansprüche der Gesellschaft an unseren begrenzten Raum und die Forderungen nach einem haushälterischen Umgang mit dem Boden, nach geordneter Besiedlung und des Umweltschutzes erfüllen. In der grenzüberschreitenden Nutzung des Raumes liegt ein entwicklungsfähiges Potential – auch der Trinationalen Agglomeration Basel.

von Hans-Georg Bächtold, Kantonsplaner und Leiter Amt für Raumplanung Basel-Landschaft, Liestal (CH)

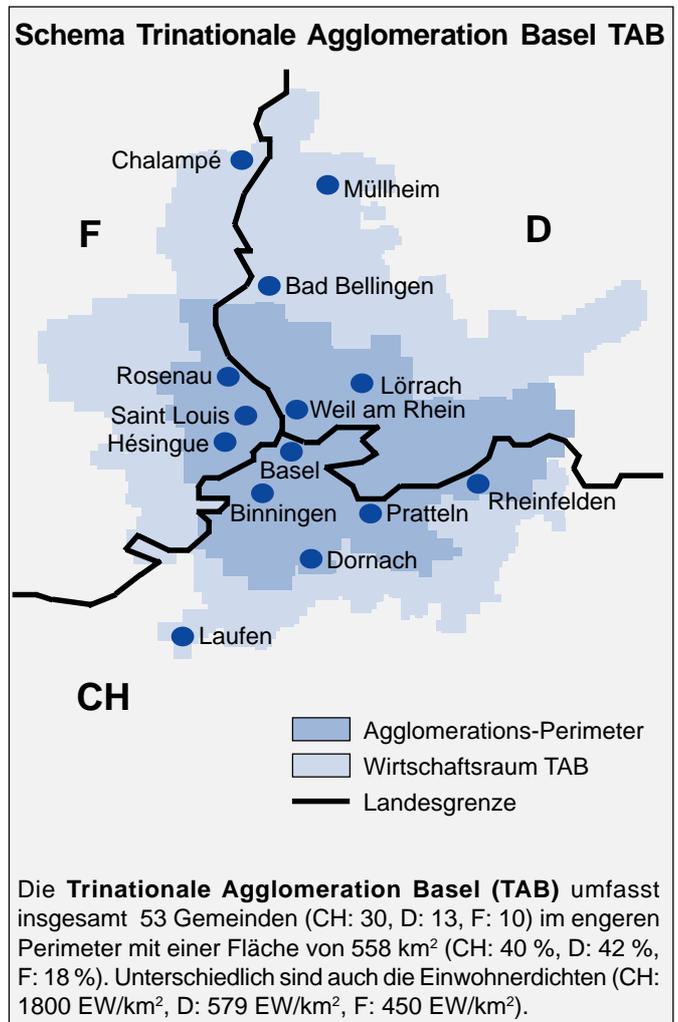
Die Tradition der Zusammenarbeit

Basel hat von allen europäischen Städten die ausgeprägteste Grenzlage. Landes- und Kantonsgrenzen durchschneiden den rund 600.000 Einwohner zählenden Agglomerationsraum. Die vielen Grenzen bringen zahlreiche Hindernisse für die Mobilität der Bevölkerung und die hiesige Wirtschaft mit sich. Es drängt sich deshalb auf, Probleme gemeinsam zu lösen, Aktivitäten aufeinander abzustimmen bzw. die Infrastrukturnetze zu verbinden. Eine solche Zusammenarbeit besteht in der Region Basel seit 40 Jahren in Form der "Regio Basiliensis", der ältesten grenzüberschreitenden Institution in Europa. Mit dem Wachstum der Basler Agglomeration über die französischen und deutschen Landesgrenzen hinaus hat der Bedarf nach grenzüberschreitender Planung weiter stark zugenommen.

Zukunft zu dritt

Am 8. Dezember 1995 trafen sich - symbolischerweise auf einem beim Dreiländereck verankerten Schiff – Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Planung und Wirtschaft aus den grenznahen Gemeinden und Regionen aus Südbaden, dem Südsass und der Nordwestschweiz, um über das Thema "Eine Zukunft zu dritt" zu diskutieren und die grenzüberschreitende Zusammenarbeit anzugehen. Ende 2001 wurde die erste Phase mit zwei wichtigen Produkten abgeschlossen:

- Ein landesgrenzenüberschreitender Entwicklungsplan mit flächendeckenden Aussagen zur Siedlungsentwicklung, zum Verkehrsnetz und zur Landschaftsentwicklung
- Projektbeschreibungen für ca. 30 grosse Projekte, die für die Entwicklung der gesamten Agglomeration TAB von Bedeutung sind



Verfasser

Hans-Georg Bächtold, dipl. Ing. ETH/SIA, Raumplaner ETH NDS, Kantonsplaner und Leiter Amt für Raumplanung des Kantons Basel-Landschaft, Mitglied der Fachlichen Koordinationsgruppe (FKG) der TAB und Vorsitzender der Arbeitsgruppe Raumordnung der Oberrheinkonferenz, Rheinstrasse 29, CH-4410 Liestal. E-mail: hans-georg.baechtold@bud.bl.ch

Schritte zur Realisierung

Zur Verstetigung der Arbeiten haben sich am 28. Januar 2002 die Partnergemeinden in Saint-Louis zum «Verein zur nachhaltigen Entwicklung des Raumes der Trinationalen Agglomeration Basel» zusammengeschlossen und eine Organisation mit einer Projektsteuerung (Vorstand des Vereins) und einer fachlichen Koordinationsgruppe eingesetzt. Die operative Leitung übernimmt ein Agglomerationsplanungsbüro. Den budgetierten Aufwand über 2 Mio Euro für die Jahre 2002–2006 tragen Deutschland und Frankreich zu je 16,7 Prozent, die Europäische Union und die Schweiz zu je 33,3 Prozent. Im Rahmen der kommenden dritten Stufe des gesamteuropäischen Interreg III-Programms soll nun das Gesamtentwicklungskonzept verfeinert und bei ausgewählten Schlüsselprojekten die technische und wirtschaftliche Realisierbarkeit mittels Machbarkeitsstudien abgeklärt werden.

Weitere Herausforderungen

Auch wenn ein gemeinsames Entwicklungskonzept vorliegt, so fehlen noch vertiefte Aussagen für eine abgestimmte zukünftige Entwicklung über die Landesgrenzen hinweg. Noch zu erarbeiten ist eine gemeinsame Strategie für die weitere Flächenutzung und -entwicklung der Agglomeration und es ist noch nicht gelungen, die Funktionen der Kernstadt Basel und seiner angrenzenden Teilräume festzulegen. Der Kanton Basel-Landschaft beispielsweise hat eine verhältnismässig restriktive Politik der Siedlungserweiterung. Gemäss Regionalplan Siedlung sind für die nächsten 10-15 Jahre keine Erweiterungen der Bauzonen vorgesehen. Die radiale Siedlungsstruktur mit den klaren Grünzäsuren zwischen den Gemeinden und den grünen Fingern in Richtung Kernstadt sollen erhalten bleiben. Ziel ist ein Siedlungsflächenverbrauch von maximal 350 m² pro Einwohner. Im französischen, aber auch im deutschen Teil der Agglomeration wird die Gemeindeautonomie bezüglich Flächenentwicklung der Siedlung deutlich grösser geschrieben. Entsprechend steht hier das Konzept der konzentrischen Flächenentwicklung im Vordergrund, gemäss dem Erweiterungen des Siedlungsgebiets möglich sind.

Schlussfolgerungen

Die Trinationale Agglomeration Basel ist in hohem Masse durch innere Grenzen geprägt. Mit dem abgeschlossenen TAB - Gesamtentwicklungskonzept wurden wichtige strategische Überlegungen zur Abstimmung der Bereiche Landschaft, Siedlung und Verkehr aufgezeigt. Wichtig ist nun aber, die Machbarkeit der Schlüsselprojekte zu prüfen und in konkrete Projekte umzusetzen. Es zeigt sich aber auch, dass es nicht genügt, ein Entwicklungskonzept TAB im Sinne eines Projekt-Portfolios zu führen. Sollen die vielen wichtigen Projekte aus einer gesamtheitlichen TAB-Optik beurteilt werden, müssen sich die Partner zusammenraufen und eine grenzüberschreitende Optik der Siedlungsentwicklung und Raumnutzung erarbeiten. ■

Übersicht über die Projekte

Die politische Lenkungsgruppe hat sich für die Einführung zweier Aktionsräume entschieden:

- Aktionsraum Nord (Verbindung zwischen Lörrach und EuroAirport)
- Aktionsraum Ost (Zusammenführen der beiden Rheinfelden)

Jeder der Aktionsräume beinhaltet ein prioritäres Kernprojekt und damit verknüpfte Projekte, sowie weitere Schlüsselprojekte. Diese Schlüsselprojekte sind als beispielhafte Initiativen zu verstehen.

Aktionsraum Nord:

- Städtebaulicher Entwurf des Entwicklungspols Bahnhof Saint-Louis (West)
- Technische und wirtschaftliche Machbarkeitsstudie des Nordbogens öffentlicher Verkehr und Ergänzung des Nordbogens als Regionalverkehrsachse bis zum EuroAirport
- Technische und wirtschaftliche Machbarkeitsstudien der Verlängerung der Tramlinien über die Grenzen nach St. Louis und Lörrach
- Interkommunale Nutzungsstudie für die Siedlungsränder von Saint-Louis, Bourgfelden und Hegenheim unter Berücksichtigung der Ideen des Landschaftsparks Nordwest

Aktionsraum Ost:

- Entwicklungsstudien über die Innenstädte beider Rheinfelden nach Schliessung der alten Rheinbrücke
- Machbarkeitsstudie über die Schaffung neuer Gewerbeparks im Bereich der A 861 beidseits des Rheins
- Machbarkeitsstudie zur Schaffung neuer Fuss- und Radwegverbindungen zwischen den beiden Rheinfelden
- Siedlungs- und Landschaftsentwicklungsstudie über den Raum zwischen Pratteln und Augst (Projekt salina-raurica)
- Studien über die Sicherung des Landschaftsraums zwischen den Siedlungsräumen im Aktionsraum Ost

Literatur

- Bächtold Hans-Georg (2002): Trinationale Agglomeration Basel. Grenzüberschreitende Raumentwicklung: von der Sektorenstadt zur trinationalen Agglomeration. In: tec 21 (SI+A Schweizer Ingenieur und Architekt), Nr. 20, S. 23 - 28
- Bächtold Hans-Georg (2000): Raumplanung ohne Grenzen. Auf dem Weg zu einer trinationalen Raumordnung am Oberrhein. In: SI+A Schweizer Ingenieur und Architekt, Nr. 22, S. 4 - 9
- Bau- und Umweltschutzdirektion BL (2001): Regionalplan Siedlung, Landratsbeschluss Nr. 858 vom 25. Jan. 2001

Un projet pour l'agglomération transfrontalière franco-valdo-genevoise

Le canton de Genève est un canton-ville, qui accueille près de 430.000 habitants et 260.000 emplois. Mais depuis quelques décennies, le tissu urbain dense et continu déborde les frontières cantonales et l'aire urbaine de Genève, selon la définition actuelle de l'INSEE (Institut National de la Statistique et des Études Économiques), à savoir un ensemble de communes fortement liées par les mouvements des pendulaires, s'étend bien au delà, englobant le district de Nyon dans le canton de Vaud, le Pays de Gex dans le département de l'Ain et le Genevois haut-savoyard. Cette agglomération, intercantonale et transfrontalière, était composée en 1990 de 201 communes urbaines, périurbaines et rurales - 45 genevoises, 32 vaudoises et 124 françaises - qui accueillent aujourd'hui près de 750.000 habitants.

de Sophie Lin, responsable du service du plan directeur cantonal, Département de l'aménagement de l'équipement et du logement, Canton de Genève (CH)

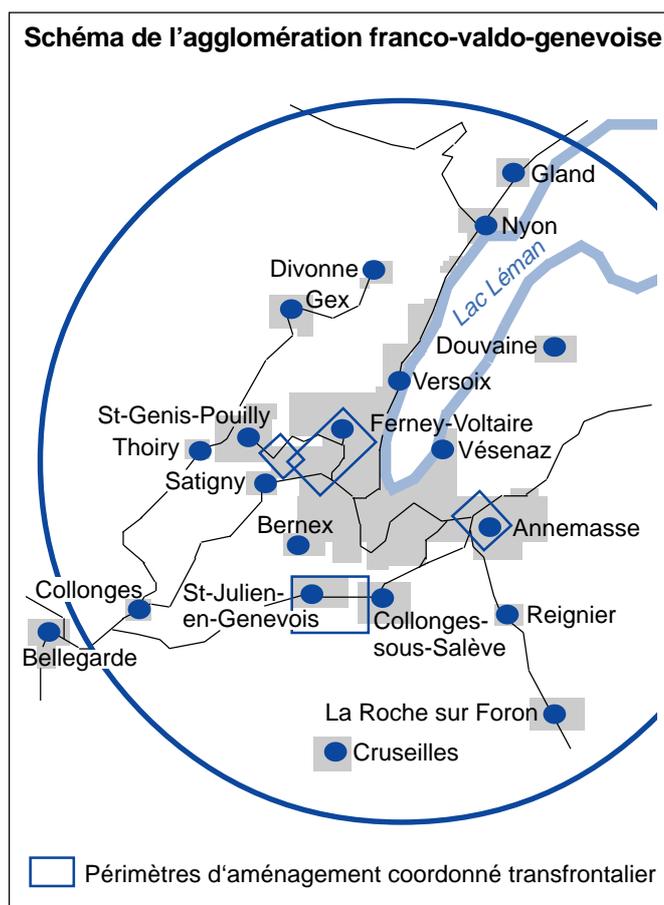
Comme pour toutes les agglomérations en Europe, les discontinuités administratives (diversité des communes) à l'intérieur de cet espace fonctionnel sont un obstacle à une gestion coordonnée du territoire et de l'ensemble des problématiques économiques et sociales. Ces discontinuités ne sont non seulement dues aux limites communales mais, surtout, aux frontières nationales.

L'agglomération franco-valdo-genevoise enregistre, depuis plusieurs décennies, une croissance démographique soutenue, laquelle s'est encore renforcée ces dernières années. Son attractivité est due à la vitalité économique des différents territoires qui la composent. Mais cette évolution s'accompagne d'effets négatifs, induits tant par une dynamique d'agglomération que par un effet-frontière: ils correspondent à autant de défis à relever.

La maîtrise de la périurbanisation

Genève a pratiqué une politique exemplaire de protection de sa zone agricole tout en favorisant un urbanisme de construction de « la ville en ville ». Mais, faute d'une politique semblable dans les territoires voisins, on y constate un mitage du territoire, causé par la dispersion des zones d'activités et des équipements, par le développement tentaculaire des infrastructures et surtout par la prolifération de l'habitat individuel, alimentée en partie par la demande non satisfaite dans le canton.

Schéma de l'agglomération franco-valdo-genevoise



Contact

Sophie Lin, département de l'aménagement de l'équipement et du logement
5, rue David-Dufour, CH-1211 Genève 8
E-mail: sophie.lin@etat.ge.ch
www.geneve.ch/Plan-directeur/

La gestion durable des déplacements

La concentration des emplois au centre de l'agglomération a fait exploser les mouvements pendulaires - 50.000 déplacements quotidiens transfrontaliers - favorisant une part modale très élevée de l'automobile, culminant à 96 % pour les frontaliers de l'Ain et de la Haute-Savoie. S'y ajoutent les déplacements consacrés aux loisirs et aux achats, en forte croissance et également transfrontaliers: les centres commerciaux s'installent dans la couronne française et valdoise, où sont situés la plupart des espaces de loisirs. Les moyens de transports collectifs actuels, contingentés par les frontières institutionnelles, n'épousent pas cette géographie.

Les pressions foncières et les problèmes du logement

Comme dans toute agglomération en croissance, la pression foncière est importante. Le territoire franco-valdo-genevois subit un effet de vases communicants: la rareté de l'espace au centre, y provoque des prix exorbitants, reportant une partie de la demande en périphérie. Les prix de la périphérie, à leur tour, grimpent, rendant l'accès à la propriété inabordable pour une grande partie de la population locale. Dans le domaine du logement, le marché structure l'offre selon le territoire: logements de haut standing dans les quartiers centraux et les zones de villas genevoises, logements pour classes moyennes et villas en France et dans le district de Nyon, insuffisance partout de logements véritablement sociaux.

Genève, canton-ville, a toujours été privée d'arrière pays. De rayonnement international, elle a longtemps pensé qu'elle pouvait s'en passer. Il n'empêche que, depuis presque toujours, elle a dû s'appuyer sur les régions voisines pour son économie locale: tout d'abord, en réglant les échanges de marchandises par un système de zones franches, puis en ayant recours à une main d'œuvre frontalière de plus en plus importante. De leur côté, les communes riveraines ont bénéficié, pendant un certain temps de retombées économiques positives. Mais ces dispositifs ne suffisent plus. C'est la ville elle-même qui a débordé des frontières, les imbrications fonctionnelles deviennent de plus en plus importantes, les besoins d'espace pour l'agglomération genevoise concernent des fonctions urbaines. La périphérie est devenue ville. Le canton de Genève, doit avec ses voisins mettre en place des politiques urbaines à l'échelle d'une ville qui atteindra 800.000 habitants d'ici quelques temps. Dès lors, le recours à l'espace de la périphérie ne peut plus se faire à sens unique, en puisant dans des ressources (humaines, spatiales).

La gestion du territoire doit être solidaire, dans le sens où chacun en sort gagnant. Il s'agit d'un *projet d'agglomération visant un développement durable*.

La région franco-valdo-genevoise n'en est pas à son premier exercice. En 1996, elle s'est dotée d'une *Charte d'aménagement pour l'agglomération franco-valdo-genevoise*, dont les lignes directrices visent une gestion coordonnée de l'urbanisation, des transports et des paysages (voir encadré). Cette Charte est assortie de 10 projets prioritaires dont plusieurs sont en cours de réalisation.

Aujourd'hui, les mêmes partenaires, avec une participation renforcées des communes françaises, qui se sont structurées en communautés, passent à une vitesse supérieure. Il s'agira d'aboutir à un véritable « projet d'agglomération » engageant les autorités et aboutissant à des contrats, de manière à financer les politiques de mise en œuvre. ■

Charte d'aménagement de l'agglomération franco-valdo-genevoise

L'espace urbanisé de l'agglomération est considéré comme un espace « multipolaire ». Il s'agit de promouvoir une organisation concertée entre les divers « pôles », ou centralités, c'est à dire:

- Le centre urbain de Genève, regroupant un ensemble de fonctions utiles et nécessaires à la vitalité et l'attractivité de l'espace *franco-valdo-genevois*, est confirmé dans son rôle moteur.
- Les « centres périphériques » (centres de localités ou pôles d'activités spécialisés) situés dans les cantons de Genève, de Vaud ou en France, sont renforcés, en y favorisant l'accueil de fonctions régionales et internationales. Il s'agit, en cela, d'agir contre la dispersion de l'urbanisation et le phénomène de banlieuisation.
- La coopération transfrontalière doit agir pour obtenir des complémentarités de fonction de ces centres, de manière à assurer un espace urbain dont les performances globales soient multipliées.

La politique des transports, orientée vers le développement des transports collectifs, est coordonnée avec la politique de l'urbanisation. Il est projeté de:

- Etendre le réseau de tramways, de manière à desservir les centres périphériques, à travers les frontières
- Développer la desserte régionale par chemins de fer en achevant la liaison du réseau suisse au réseau français par une nouvelle infrastructure ferroviaire
- Aménager et valoriser les gares et nœuds d'échange situés, notamment dans les centres et pôles périphériques. L'installation de parkings d'échange permettra de renforcer la politique de transfert modal en faveur des transports publics.

L'aménagement de quelques-uns de ces centres périphériques, à cheval sur la frontière, fait actuellement l'objet de projets opérationnels. Il s'agit des projets intitulés, Rectangle d'Or, L'Etoile Annemasse-Genève, la Porte sud.

Le renouvellement urbain dans l'aire métropolitaine de Lyon

LYON constitue la seconde aire urbaine de France, avec 1,6 millions d'habitants. Il s'agit d'un territoire dynamique, au niveau démographique et économique (+ 100.000 habitants de 1990 à 2000), dont l'ambition est de devenir une agglomération de niveau européen. Dans le cadre de l'organisation décentralisée de la France, il revient aux collectivités locales de décider de leur avenir, notamment en planifiant l'évolution de leur territoire.

de Stephan Muzika, directeur, Etablissement public foncier de l'Ouest Rhône-Alpes (EPORA), Saint-Etienne (F)

La Directive Territoriale d'Aménagement

L'État, toujours présent sur des questions d'intérêt national, a créé un nouvel outil, la Directive Territoriale d'Aménagement (DTA), par la Loi du 4 février 1995 d'orientation pour l'aménagement et le développement du territoire.

La D.T.A. fixe, sur certains espaces importants du point de vue national, les orientations de l'État en matière d'aménagement et d'équilibre entre les perspectives de développement, de protection et de mise en valeur des territoires.

Elle exprime également les objectifs de l'État en matière de localisation des grandes infrastructures de transport et des grands équipements, ainsi qu'en matière de préservation des espaces naturels, des sites et des paysages.

La péri-urbanisation de la région de Lyon

Le rôle stratégique que peut jouer la métropole lyonnaise au niveau français et européen a justifié la mise en œuvre d'une D.T.A. sur un territoire qui dépasse Lyon pour englober l'agglomération de Saint-Etienne à l'Ouest (500.000 habitants) et la ville nouvelle de l'Isle d'Abeau à l'Est (40.000 habitants). L'ensemble constitue une aire métropolitaine de plus de 2 millions d'habitants. Les premières conclusions de la D.T.A., engagée en 2000, mettent en évidence un phénomène préoccupant: *la péri-urbanisation*.

Entre 1954 et 1990, la population de l'agglomération de Lyon a augmenté de 60 %, mais les surfaces urbanisées de 140 %. Sur la même période, la population de l'agglomération de Saint-Etienne, confrontée à des crises économiques graves (charbon, sidérurgie, textile, armement) a stagné, mais la surface urbanisée a doublé !

La poursuite de ce processus menacerait des secteurs agricoles et naturels de grande qualité, qui sont un facteur d'attractivité pour la région urbaine de Lyon.

L'étalement urbain a également une conséquence bien connue en matière de déplacement. La dispersion de l'habitat génère des déplacements domicile-travail qu'il est très difficile de satisfaire par une offre en transport public. La croissance rapide des déplacements routiers engorge les routes et autoroutes, déjà saturées. Les délais de réalisation de nouvelles infrastructures sont tels que ces infrastructures risquent d'être bloquées dès leur ouverture.

La lutte contre l'étalement urbain constitue donc une des priorités de la D.T.A.

Cet objectif nécessite une planification rigoureuse pour limiter les développements péri-urbains. La D.T.A. prévoit ainsi de préserver certains espaces naturels déjà soumis à des pressions résidentielles fortes. Mais il est également indispensable d'accélérer la dynamique de renouvellement urbain, qui permet de réutiliser des sites plus ou moins dégradés.

Certains secteurs de l'aire urbaine de Lyon sont particulièrement touchés par des processus d'abandon de sites industriels et de déclin démographique de quartiers d'habitation. Le problème des friches industrielles est très important dans la région stéphanoise: 300 ha ont été recensés, dont une certaine proportion présente des problèmes de pollution des sols et des sous-sols. Mais cette question touche aussi d'autres zones autour de Lyon, dont le « couloir de la chimie », longé par l'autoroute Lyon-Marseille.

Friche industrielle
en région de Lyon



Photo EPORA:
Friche industrielle en cours de
reconversion dans la Vallée
du Gier le long de l'autoroute
LYON-ST-ETIENNE

Les quartiers d'habitation en difficulté sont souvent des quartiers d'habitat social construits dans les années 1960 et 1970, et qui concentrent des populations pauvres, d'origine étrangère, avec un fort taux de chômage. Mais certains quartiers anciens connaissent aussi ces évolutions, notamment à Saint-Etienne.

Il est essentiel, pour l'équilibre de l'aire urbaine de Lyon, que ces quartiers dévalorisés, mais bien situés et à proximité des grandes infrastructures routières et ferroviaires, retrouvent de l'attractivité. La conduite de politiques foncières ambitieuses doit répondre à ces problèmes: acheter les sites dégradés, reloger les occupants, démolir ou réhabiliter les bâtiments, donner de nouvelles vocations urbaines sont des missions indispensables qui demandent des moyens financiers importants et des équipes professionnelles spécialisées.

L'Ouest de la région urbaine de Lyon s'est dotée en 1999 d'un Établissement public foncier d'État, l'EPORA, dont la mission exclusive est de traiter les friches industrielles et urbaines. L'EPORA est financé par l'Europe, l'État, la Région et les Départements. Cet établissement, avec un budget annuel de 10 à 15 millions d'Euros, a engagé le traitement de 100 hectares de « brownfields ». Il s'agit d'une première étape, qui devra être prolongée durant de nombreuses années pour que les secteurs les plus négatifs de la métropole lyonnaise participent activement à son développement. ■

Contact

Stephan Muzika, EPORA
35 rue Ponchardier, F-42013 SAINT-ETIENNE CEDEX 2
stephan.muzika.epora@wanadoo.fr

Le Plan Local d'Urbanisme PLU

Outil de gestion du sol, le *plan local d'urbanisme* (PLU) organise le cadre de vie à l'intérieur du Grand Lyon. Il doit remplacer le POS (*Plan d'Occupation des Sols*) qui a été approuvé en 2001. Le PLU assure les mêmes fonctions que le POS : Il dessine le visage de la Ville de demain en conciliant les intérêts locaux, communaux et ceux de l'agglomération lyonnaise.

C'est un outil réglementaire, qui définit et règle l'usage des sols sur l'ensemble du territoire communautaire. Il concerne toutes les parcelles, qu'elles soient privées ou publiques. Il détermine notamment les droits à construire et les conditions d'évolution attachés à chaque parcelle d'une commune.

Ce document juridique, de portée générale, s'impose à tous, particuliers et administrations. Il sert de référence obligatoire à l'instruction des demandes d'occupation et d'utilisation du sol, comme par exemple les permis de construire.

Le PLU du Grand Lyon est élaboré à l'initiative et sous la responsabilité de la communauté urbaine de Lyon en concertation avec les 55 communes qui la composent. Il a été divisé en 5 secteurs géographiques (Nord, Nord-Ouest, Est, Sud-Ouest et Centre) afin de permettre une gestion plus simple face à la dimension de ce territoire (50.000 ha environ). Son contenu est défini par le Code de l'Urbanisme et comprend obligatoirement cinq types de pièces:

- *Le rapport de présentation.* Il expose le diagnostic du territoire communautaire et explique les choix retenus pour le projet d'aménagement et de développement durable, son impact sur l'environnement.
- *Le projet d'aménagement et de développement durable.* Il comporte les orientations générales d'aménagement et d'urbanisme retenues. Il peut en outre comporter des orientations plus ciblées sur telle ou telle partie du territoire communautaire.
- *Le règlement.* Il définit en quinze articles pour chaque zone quel type d'occupation des sols est autorisé, comment aménager ou construire une parcelle, quelles sont les règles applicables pour construire une terrain donné.
- *Les documents graphiques.* Ils indiquent le champ d'application du règlement par le délimitation de zones et la localisation des différentes prescriptions graphiques.
- *Les annexes.* Elles comprennent des pièces obligatoires relatives aux servitudes d'utilité publique, aux emplacements réservés, aux périmètres de risques, etc.

Plus des informations

www.grandlyon.com

Fundamental reforms to the planning system in England

The existing system of policy planning in the UK is considered to have performed well, ensuring the efficient and effective management of land use decisions. It has brought forward brownfield sites for development at a greater rate than expected, protected areas of acknowledged landscape importance and contained the development of greenfield sites. The transparency and certainty that this has provided has been acknowledged by public and developers alike.

from Peter Earl, Team Leader Development Control, East Sussex County Council, Lewes (UK)

Regional planning

Major reforms are now being put forward by central government to reduce the number of policy tiers and strengthen the role of regional planning covering the eight English regions. The legislation currently going through parliament is only in respect of England. Wales and Scotland have their own Parliament and arrangement of planning functions which are also undergoing review. The current cascade of four levels of planning policy documents is to be replaced by two. Particular emphasis is being given to the introduction of *Regional Spatial Strategies (RSS)* which will identify overall housing needs, major infrastructure and development requirements. These will then be submitted to central government for approval, indicating a further move towards centralized control.

Local planning

The established delivery of planning policy at the local level, across counties covering the countryside and towns and cities is to be abolished and replaced by new *Local Development Documents (LDD's)*. The aim of the Government reforms is to speed up the planning system and increase the predictability of planning where some 450,000 planning decisions on individual development proposals are made each year, with 65% of them taken within 8 weeks. At the same time a sensitive planning system is sought which enables individuals and communities to engage in the process and be able to voice their concerns and redress a debate often dominated by lawyers.

The necessary primary legislation is currently passing through parliament and is expected to become law by summer 2004 with a transition timetable of three years when existing plans will be rolled forward into the new format. Existing structure plans, which provide strategic policies for Counties and Unitary Council areas, typically 2000sq km in area, are to be abandoned. Local plans prepared by District Councils

for smaller areas, incorporating detailed land allocations, will be adapted to the new arrangements.

Strategic planning

The legislation as currently drafted will erode the pivotal role of County planner teams providing the strategic planning function. Operating between the regional and local level with specialized officers who have a wealth of knowledge and expertise, they will have no statutory role and little political influence under the new arrangements. An agency role in the preparation of the regional strategies is being suggested, including the particular sensitive area of work involving the distribution of new housing across the sub-region.

Improved delivery or uncertainty?

There are concerns that the changes are confused and unjustified causing planning to become too centralized, which will stifle rather than expand the democratic processes with critical decisions being taken at a distance from the population. This may well lead to urban policies dominating at the expense of rural areas. In particular it is considered it will lead to a vacuum of policy guidance at the sub regional level where the tensions between city and town, and town and country are at their greatest. The government has recognized that planning is a key lever in the creation of a decent society, the renewal and protection of communities and the delivery of economic benefits.

Contact and Links

Peter Earl, Transport and Environment Department
East Sussex County Council, UK-Lewes. BN7 1UE.

peter.earl@eastsussexcc.gov.uk

www.eastsussexcc.gov.uk

www.lga.gov.uk/documents/publication/newlocalism.pdf

The views expressed in this article are those of the author and not necessarily those of the East Sussex County Council.



Photo P. Earl: The Ouse river valley, Lewes, East Sussex

Political support

Like much legislation its success will depend on the detail, its workability at all levels and the level of support from the public, business and politicians. The initial signs are not encouraging with the anticipated political consensus waning and the purpose of the legislation being ill defined. In any planning system there is room for modification or improvement to reflect changing circumstances but whether this requires wholesale reform rather than careful adjustment is a matter of debate. The changes are at odds with the arrangement of local government and there is a strong likelihood that proposals for directly elected regional councils will not receive overwhelming support leaving the prospect of unelected regional assemblies. The suggestions that the changes to the planning process are necessary to address delays has not been supported by evidence.

Land use impacts

The principles behind the legislation would suggest that the delivery of spatial strategies will be less sensitive and less accountable to the needs of local communities being remote from the areas served. The consequences of this remoteness and the absence of the pivotal role of counties at the sub regional level is likely to lead to less checks and balances on local authorities and more attention to economic and urban issues rather than social and rural functions. There are likely to be short and long term impacts.

In the short term *Local Development Documents* may exhibit less restraint on the use of Greenfield sites but a more likely approach is the under provision of land for development giving rise to urban capacity issues reflecting the local political pressures. In the longer term regional policy could become more isolated, involving more radical solutions to address early deficiencies, that are less acceptable to local councils, conflicting with their land use aspirations. Much will depend on the detail of the new arrangements and the political influence that emerges. At present it is unclear if the bold vision is just political rhetoric or whether it can deliver the ambitious culture shift envisaged. With greater environmental challenges in the future the cost of failure could be great. ■

"The cycle of settlement areas is closed when already settled areas are used for new settlements"¹.

Land Use Management in City Regions

*Dear Members and Friends
of the European Land and Soil Alliance*

Management is on everyone's lips and it really is a dynamic, positive expression. To manage means "to direct, to achieve something, to organise, to arrange something cleverly". The ancient Greeks already managed the *polis*. Indeed, local soil management has proved itself in terms of land reallocation and mobilization of available building land reserves, however, the competition with local authorities for companies and inhabitants could not reduce the consumption of open space – quite the contrary.

Our regional lifestyle has long exceeded urban borders. An *efficient, resource-conserving land use* can only be implemented at the regional level. In their national sustainability strategies, many European countries have laid down a partly drastical reduction of the expansion of settlements – a real Herculean task. The soil is directly below the surface and when it has once been used for building, its various functions as nutrient storage, filter, buffer or habitat cannot be reconstructed anymore. Therefore, it is all the more important to direct the settlements development to less endangered areas or to realise one day the vision of a balanced stock of building sites avoiding the consumption of greenfield sites.

The enterprise, which is dealt with here, is called *city region*, the place where conflicts about land use for building are particularly large and resources are scarce. In the city region, many actors with different, partly conflicting interests can be found. Therefore, to manage also means to negotiate. Consequently, *activities* by organisations, taking important decisions about the use of soil for building, have to be coordinated. Therefore, it is useful to develop joint objectives and visions.

Please join us on a journey across *innovative approaches* of land management in city regions, which will be presented in this issue through examples from Switzerland, Austria, Germany, France and England. Come and join us as well in the discussions at the 2nd International Conference of the Soil Alliance of European Cities and Towns on April 3 and 4, 2003 in Augsburg!

Editorial staff local land & soil news

¹From: Karl Ganser "Der Rückbauplan – Vision einer nachhaltigen Stadt" ("Deconstruction plan – visions of a sustainable city"). Politische Ökologie 71

Land Use Management in Urban Areas

All over the world, cities and towns are spreading out into the surrounding areas, sacrificing fertile soil to the growth of new urban fabrics. Natural soil functions, for example for the production of food or retention of water, are being supplanted. New industrial and residential estates dominate the landscape in Western and now also increasingly in Central Eastern Europe, urban centres are losing their significance as social and cultural centres. This means that soil protection and spatial planning are not only an ecological challenge but also have a role to play in vitalising cities and towns and making them economically attractive. It is in the interest of all local authorities to use their scarce soil resources efficiently for residential and commercial purposes and to give the cities and towns an attractive face. The authorities have access to local land and to the people who use it. They have the necessary legal instruments for spatial development and land management to promote a sustainable use of soil and to anchor this firmly for the future.

This bulletin gives a view of numerous national and regional policies and innovative strategies implemented in Switzerland, Austria, Germany, France and England. It shows numerous local practices how cities and towns can contribute to cooperate with other agglomerations and municipalities. It aims at an efficient sustainable land resource management, also increasingly on a regional level of city regions. The outline will give an introduction as well as a short summary of these articles.

Land Use Management of City Regions in Germany

p. 3/4: *Claus Hensold, Bavarian Environmental Protection Agency, Augsburg (D):*

Local Land Resource Management in Bavaria

At present, Bavaria increasingly initiates activities making economical use of land. Within these activities, the Bavarian Environmental Protection Agency on behalf of the Bavarian State Ministry for Regional Development and Environmental Affairs implements the project "Local Land Resource Management". In order to promote the inner-city development as a priority, local development potentials have been identified in a practice-oriented way and activation strategies have been developed in four model municipalities (Pfaffenhofen, Baiersdorf, Stegaurach and Jengen). The number of potentials identified is exceedingly large and has sensitised local decision-makers. In future, local land resource management shall be increasingly applied in Bavarian municipalities.

p. 5/6: *Ulrich Schön, Desk Officer for Sub-Regional and Urban Land-Use Planning, Verband Region Stuttgart (D):*

Land Use Management in Greater Stuttgart Region

In the European metropolitan region Stuttgart, about 2,6 million inhabitants (25% of the population of Baden-Württemberg) live on 3,654 km² (10% of the area of Baden-Württemberg). Almost 30% of this Federal State's gross value added are produced in Greater Stuttgart region. The following planning and action instruments shall help to reach the objective of economical land use: designation of locations for housing, industries, trade and service facilities, evidence of regional green strips and green division lines, concentration of development in built-up and derelict areas as well as the use of former conversion sites. The "Stuttgart 21" project shall help to increase the internal development within agglomerations and land consumption shall be reduced. Serving as a link to a larger complex, the landscape park concept stands for the long-term maintenance of spatial quality in the region.

p. 7/8: *Hermann J. Kirchholtes, Amt für Umweltschutz, Landeshauptstadt Stuttgart (D):*

Soil and Land Protection in Stuttgart

Since 2003, Stuttgart is a member of the Land and Soil Alliance. With the adoption of the environmental report "Nature and Landscape Protection", the municipal council of Stuttgart in

1997 agreed upon a detailed programme on sustainable land protection for the first time. The future concept "Land Management Stuttgart", which has been jointly developed in 2000 by Local Agenda and the *Amt für Umweltschutz*, analyses causes and effects of the development of settlement areas and presents an action programme on land protection. Since 2001, the urban planning office of Stuttgart has been elaborating a concept on "Sustainable Management of Building Sites in Stuttgart". It is also working on a cadastre of derelict areas. The cadastre of contaminated sites managed since 1996 by the *Amt für Umweltschutz* also serves to solve the problem of waste deposits on derelict land which can be reactivated. The "Soil Protection Concept Stuttgart" elaborated since 2001 complements quantitative land protection aspects by qualitative soil protection aspects, which are considered in the urban land-use planning process.

p. 9/10: *Klaus Einig & Fabian Dosch, Federal Office for Building and Regional Planning, Bonn (D):*

Regional Land Use Management

In a growing number of regions in Germany negotiation-based planning and coordination procedures are directed towards resource-conserving ways of settlement. The local development of building sites thus becomes a joint regional task. For regional land use management approaches, the envisaged settlements development is determined in a discursive way and an implementation-oriented settlement strategy is jointly developed. After a complex estimation of results, the planning actors, organised in a negotiation system, choose, if possible, the settlement alternative with the least negative consequences. They afterwards decide collectively and bindingly where settlements should be extended and where the development of building sites should be avoided. The elaborated settlements concept will be actively implemented in successive steps by initiating and adapting building projects.

p. 11/12: *Irene Dahlmann, Lower Saxony State Office for Ecology, Hildesheim (D):*

Soil Assessment in Planning Procedures

In order to be able to effectively implement a sustainable soil protection in planning procedures, the soils have to be thoroughly assessed. A practical realisation implies application security and reliable rules. This requires appropriate, comparable databases. The assessment criteria are oriented to the German Federal Soil

Protection Act (*Bundes-Bodenschutzgesetz (BBodSchG)*) allocating an appropriate legal framework to soil protection. Soil assessment instruments shall permanently lay down requirements of soil protection at all planning levels, inter alia at the level of spatial planning, landscape planning and urban land-use planning.

Land Use Management of City Regions in Austria

p. 13/14: Kim Meyer-Cech & Walter Seher, *Institute of Spatial Planning and Rural Development, University of Natural Resources and Applied Life Sciences, Vienna (A)*:

Open Space Protection in Vienna's Urban Development Activities

The City of Vienna is surrounded by a green belt of Danube meadows, forests and agricultural areas. Legally, this diverse green belt is subject to the Austrian local land use plan (*Schutzgebiet Wald- und Wiesengürtel (SWW)*). The purpose of SWW land use planning is to ensure open areas serving the population's health and recreation. Apart from maintaining them, these open areas shall also increasingly be revalued in future. For this purpose, there is a comprehensive pack of measures including "unconventional" approaches to promote agriculture (school close to farm, direct marketing, agritainment), landscape planning (LandArt), to release open areas for local recreation (creative experience opportunities). This integral approach shall permanently ensure open spaces in city regions.

Land Use Management of City Regions in Switzerland

p. 15/17: Georg Tobler, *Strategic group for agglomeration policy, Federal Office for Spatial Development, Berne (CH)*:

Agglomeration Policy and Model Projects in Switzerland

Around 70% of the Swiss residential population live in urban areas. Cities and agglomeration municipalities give important social and economic impetus. They are therefore of central importance as economic and cultural area and as habitat. Problems are caused by urban sprawl, traffic as well as suburbanisation, which may result in a loss of urban and rural quality, high pollution, growing infrastructural costs as well as functional and social segregation. The Swiss Confederation has noticed these problems and has developed strategies under its *agglomeration policy*, which are nationwide implemented via different regional model projects.

p. 18/19: Andrea Weik, *Justiz-, Gemeinden- und Kirchen-direktion des Kantons Bern (CH)*:

Agglomeration Strategy in the Cantone of Berne

The *Agglomeration Strategy of the Cantone of Berne* proposes for different regions adjustments in the areas of spatial planning, transport, economy and culture. It is based on cantonal regulations admitting binding decisions having an effect on the whole region. The approaches shall be based on existing resources and on the establishment of a politically responsible cantonal government with municipal representatives. Two examples from the urban area of Berne and the rural Alpine area of Interlaken will be presented.

p. 20/21: Hans-Georg Bächtold, *Amt für Raumplanung Basel-Landschaft, Liestal (CH)*:

Trinational Agglomeration of Basle

Among all European cities, Basle is the most situated on borderlines. The agglomeration area, which has 600,000 inhabitants, is crossed by national and cantonal borders which

imply numerous barriers for mobility and regional economy. It therefore becomes necessary to jointly solve problems, to coordinate activities resp. to link infrastructure networks. Such a cooperation has been existing in Basle region for 40 years in form of the "Regio Basiliensis", which is the oldest cross-border institution in Europe. The growth of Basle agglomeration beyond the French and German borders has also strongly increased the need for joint planning. A cross-border development plan providing area-wide information on the settlements development, the transport network and the landscape development as well as project descriptions for about 30 large projects are of great importance for the future development of the "Trinational agglomeration of Basle".

p. 22/23: Sophie Lin, *Département de l'aménagement de l'équipement et du logement, Canton de Genève (CH)*:

Crossborder Project in the Region of Geneva

Geneva is a city canton and at the same time a supracantonal and international agglomeration. Geneva agglomeration includes 201 urban, suburban and rural municipalities, 45 of them situated in the canton of Geneva, 32 in the canton of Vaud and 124 in France. The central, densely populated part with 20 municipalities, around 430,000 inhabitants and 260,000 jobs is surrounded by a larger commuter area and habitat with about 750,000 inhabitants and 350,000 employees. At the spatial planning level, the agglomeration problem is discussed in accordance with a spatial planning charter for regional cooperation and spatial development.

Land Use Management of City Regions in France

p. 24/25: Stephan Muzika, *EPORA (F)*:

Urban Renewal in the Metropolitan Area of Lyon

With 1,6 million inhabitants, Lyon is the second largest urban agglomeration in France. The basis for the future development of this metropolitan region is provided by the spatial planning act of 1995 "Directive Territoriale d'Aménagement D.T.A.". Its objective is a balanced development and the protection of natural resources and of the landscape area. Combatting urban sprawl of the periurban area is one of the priorities of the D.T.A. Brownfields in Stéphanoise region with 300 ha of contaminated soils forms one of the main problems. In the west of the agglomeration, "EPORA Établissement public foncier d'État", which is financed by the EU and the French government, deals with the concerns of brownfields and urbanisation. As a first step, 15 million Euro are used to reactivate 100 ha brownfield land.

Land Use Management of City Regions in England

p. 26/27: Peter Earl, *East Sussex County Council (UK)*:

Fundamental Reforms of the Planning System in England

Major reforms are now being put forward by central government to reduce the number of policy tiers and strengthen the role of regional planning covering the English regions. Particular emphasis is being given to the introduction of *Regional Spatial Strategies (RSS)* which will identify overall housing needs, major infrastructure and development requirements. The established delivery of planning policy at the local level, across counties covering the countryside and towns and cities is to be abolished and replaced by new *Local Development Documents (LDD's)*. An agency role in the preparation of the regional strategies is being suggested, including the particular sensitive area of work involving the distribution of new housing across the sub-region.

Aufbau einer eigenständigen EU-Bodenstrategie

Red. Auf europäischer Ebene gibt es zur Bodenpolitik erfreuliche Signale. Am 16. April 2002 veröffentlichte die EU-Kommission das erste Papier zur Bodenpolitik auf europäischer Ebene Towards a Thematic Strategy for Soil Protection (COM(2002)179). Dieses wurde zwischenzeitlich von den Regierungen der Mitgliedsstaaten verabschiedet (vgl. local land and soil news no. 3-3/02).

Einleitung einer eigenständigen EU-Bodenpolitik

Ab dem 1. Januar 2003 begann offiziell die Phase der Verwirklichung einer eigenständigen EU-Bodenpolitik. Als ein wichtiger erster Schritt fand dazu in Brüssel am 10. Februar 2003 ein "Stakeholder Informations- und Konsultationstreffen zur EU-Bodenpolitik" statt. Daran nahmen etwa 150 Vertreterinnen und Vertreter europäischer Institutionen und Regierungen der Mitgliedsländer sowie Interessensvertreter aus Landwirtschaft, Industrie usw., von Umweltverbänden und aus der Forschung teil. Mit Helmer Honrich war auch ein Mitglied des ELSA-Vorstandes beteiligt.

Über die früher vorherrschende enge Fokussierung auf Bodenkontaminierung und Altlastenflächen hinaus wurde an diesem Treffen die ganze Bandbreite der Bodenpolitik diskutiert. Weitere Schwerpunkte bildeten u.a. Themen wie Bodenerosion, Bodenfruchtbarkeit, Bodenfunktionen in Bezug zum Klima, Bodenmonitoring, Informationssysteme und Forschung. Über diese Bereiche wurden fünf thematische Arbeitsgruppen festgelegt, die nun bis Anfang 2004 entsprechende Grundlagen zuhanden der EU-Kommission erarbeiten werden. Ein übergreifendes Beratungs-Forum wird die einzelnen Arbeitsgruppen koordinieren. 2004 soll durch die Kommission ein Vorschlag für eine umfassende "EU Bodenschutz Strategie" vorgelegt werden.

Wer sich für einen nachhaltigen Umgang mit Böden und Landnutzung engagieren will, ist aufgefordert, sich an diesem Prozess der Erarbeitung einer auf *Nachhaltigkeitskriterien* ausgerichteten europäischen Bodenpolitik zu beteiligen: www.europa.eu.int/comm/environment/agriculture/soil_policy

Das Boden-Bündnis wird sich an diesem Prozess ebenfalls aktiv beteiligen und entsprechende Vorschläge, vor allem aus dem Blickwinkel der Kommunen und den Grundzügen des Boden-Manifestes einbringen.

Soil Conservation and Protection Strategies for Europe SCAPE

Im Rahmen des Aufbaus einer EU-Bodenpolitik als eigenständigem Politikbereich wurde im weiteren ein neues Kooperationsverbund-Projekt initiiert: *Soil Conservation and Protection Strategies for Europe (SCAPE)*. Dieses wurde Ende November 2002 gestartet und soll in den kommenden Jahren zur Netzbildung im Themenbereich nachhaltiger Umgang mit Böden und Landnutzung beitragen. (Für nähere Informationen siehe Kasten.)

Ökonomische Instrumente für eine nachhaltige EU-Boden Strategie

Für die zu erarbeitende EU-Boden Strategie ist die ganze Bandbreite der Bodenfunktionen einzubeziehen. Die Verbesserung und Koordination des Monitoring (Landnutzung, Bodendegradation, Flächenversiegelung, usw.) ist ebenso wichtig, wie die intensive Debatte über einen abgestimmten "Mix" von Instrumenten. Neben klassischen planungsrechtlichen Instrumenten werden in Zukunft auch bodenwirksame *ökonomische Instrumente* eine bedeutende Rolle spielen.

Zu diesem Themenbereich wurden Ende Januar 2003 in Thalwil (CH) im Rahmen eines europäischen Workshop unter dem Titel "*Economic Interests and Benefits of Sustainable Use of Soils and Land Management*" erste Ansätze vorgestellt und diskutiert (vgl. *local land and soil news no. 4-4/02*).

Proceedings werden im Sommer 2003 beim EU Joint Research Centre, Ispra erscheinen; (Hg. Luca Montanarella, Martin Held und Anton Imeson). Vormerkungen bei: luca.montanarella@jrc.it und held@ev-akademie-tutzing.de

SCAPE – Soil Conservation and Protection Strategies for Europe

Translating scientific knowledge into policy

The European Commission has identified soil loss and declining fertility as threats to sustainable development in the EU. Therefore, a thematic soil protection strategy for Europe is being developed. In the past soils have received relatively little attention so that the data and research required for a sound future policy on soils is not usually at hand. The main efforts of soil conservation and protection have been in relation to the needs of agriculture and or to protect areas from flooding and sedimentation. Today the notion of a soil as a multifunctional medium supporting human life has gained acceptance. Consequently, soil protection and conservation are therefore being increasingly seen in this light. Several workshops and position papers have recently discussed how the future needs might be met and this discussion will continue within five technical working groups (Erosion, Organic Matter, Contamination, Monitoring and Research), which will be coordinated by Directorate General (DG) Environment. These working groups will contribute to the work done by DG Environment to develop a European soil protection strategy.

DG Research funded the scientific concerted action named **SCAPE** (EVK2-CT2002-20016) within the Energy, Environment and Sustainable Development (EESD) programme. SCAPE will provide opportunities for discussing the development and application of soil conservation and protection strategies. It will consider data on soils and their use, including the socio-economic driving forces. It will support the organisations responsible in their efforts to obtain the data and information needed for end users and the sustainable protection and conservation of European soils.

The mission of SCAPE is to develop a platform that recommends which soil functions should be conserved and protected to support sustainable development and how this should be done. Therefore SCAPE will organise four European workshops where scientists, data users and providers and policy makers can discuss and review soil conservation and protection strategies in contrasted regions of Europe.

The first SCAPE workshop will be organised in Spain (Alicante, 14 - 17 June, 2003). Here the focus will lie on soil erosion (physical aspects, the distribution of erosion throughout Europe and socio-economic aspects) and on the role of organic matter for soil functions. One day of this workshop is reserved for a field excursion, which deals with land and soil restoration in the Mediterranean.

For more information see www.scape.org
Prof. Anton Imeson: a.c.imeson@science.uva.nl
Dr. Luuk Dorren: l.dorren@science.uva.nl

2. Jahrestagung 3./4. April 2003 in Augsburg

Die 2. Jahrestagung 2003 steht diesmal unter dem Motto **"Bodenschutz kontra Flächenverbrauch"**. Sie greift damit am Tagungsort Augsburg im Großraum Alpen die zunehmende Zersiedelung in einem sensiblen Kulturlandschaftsraum auf. Zahlreiche Beispiele aus der kommunalen Praxis Mitteleuropas zeigen, wie Kommunen mit Bodenbewertungsverfahren und Flächenmanagement, zunehmend auch im regionalen Kontext, zu Bodenschutz und Flächeneffizienz beitragen. Transnationale Projekte des Hochwasserschutzes und der Bodenbewertung werden vorgestellt.

Die Tagung steht auch im Vorfeld zur europäischen Bodenschutzstrategie 2004, die im Rahmen des 6. Umweltaktionsprogramms (UAP) entwickelt wird. Gemäß dem Subsidiaritätsprinzip ist hier die Mitwirkung europäischer Kommunen besonders wichtig. Denn die Kommunen haben ein ureigenes Interesse, die knappen Bodenressourcen effizient für Wohnen und Wirtschaften zu nutzen und die Städte attraktiv zu gestalten. Sie haben Zugang zu lokalen Flächen und ihren Nutzern. Und sie verfügen über die nötigen Instrumente der Raumplanung und des Bodenrechts, um einen nachhaltigen Umgang mit Böden zu fördern und dauerhaft zu sichern.

Die Ergebnisse der Tagung und der Workshops werden von ELSA e.V. in einer gemeinsamen Erklärung festgehalten, die den Willen und den Weg zu verstärktem Bewusstsein und Handeln im Umgang mit Böden in Kommunen aufzeigt.

Programm / Anmeldung: www.bodenbuendnis.org

2nd Annual Conference 2003 in Augsburg

This year, the 2nd Annual Conference 2003 is entitled "Soil protection contra land use", thus addressing the topic of the increasing spread of residential settlement and development in a sensitive culture landscape, which is extremely relevant to this year's venue of Augsburg in the greater region of the Alps. Numerous examples from municipal practice in Central Europe show how cities and towns can contribute to soil protection and efficient land use with soil evaluation methods and land management, increasingly also on a regional level. Transnational projects for flood protection and soil evaluation will be presented.

This conference is standing in advance of the European Soil Protection Strategy 2004 which is being developed in the context of the 6th Environment Action Programme. On the basis of the subsidiarity principle, here it is particularly important for Europe's local authorities to get involved. It is in the interest of the local authorities to use their scarce soil resources efficiently for residential and commercial purposes and to give the cities and towns an attractive design. The authorities have access to local land and the people who use it. They have the necessary instruments for spatial development and land law to promote sustainable use of soil and anchor this firmly for the future.

The results of the conference and the workshops will be get concluded into a common Resolution of ELSA e.V.

Programme / Registration: www.bodenbuendnis.org

Mitglieder / Members ELSA e.V. 2002



a. ordentliche Mitglieder / official members

Städte und Gemeinden / municipalities

• Stadt Augsburg (D)	270.000
• Città di Brunico (I)	13.700
• City of Derby (GB)	236.300
• Stadtgemeinde Gmünd (A)	2.600
• Stadt München (D)	1.250.000
• Stadt Nürnberg (D)	488.400
• Stadt Osnabrück (D)	157.000
• Stadt Schwabach (D)	39.800
• Stadt Stuttgart (D)	590.500

Kreise und Regionen / counties and regions

• Provinz Bozen-Südtirol (I)	460.000
• Landkreis Osnabrück (D)	352.700
• Landkreis Grafschaft Bentheim (D)	130.100
Total Einwohner / habitants	3.991.100

b. assoziierte Mitglieder / associated members

- BA für Bauwesen und Raumordnung BBR (D)
- BV Boden und Altlasten BVBA (D)
- BWG Winzig & Tüselmann GbR (D)
- Evangelische Akademie Tutzing (D)
- ITVA Ing.-technischer Verband Altlasten (D)
- Interessengemeinschaft Boden Schweiz (CH)
- Klima-Bündnis Österreich KBÖ (A)

ELSA e.V. setzt Akzente zum Bodenbewusstsein für eine zukunfts-fähige Landnutzung in Kommunen und Regionen

Gute Nachrichten aus Niedersachsen: Mit 18.900 Euro fördert die Niedersächsische Umweltstiftung die Öffentlichkeitsarbeit des Boden-Bündnisses. Dies ermöglichte ELSA e.V. neues Info-Material zu erstellen, eine Reihe der bereits vorhandenen Broschüren und flyer in weitere Sprachen zu übersetzen und zu drucken, den Internetauftritt zu überarbeiten (demnächst auch im web www.bodenbuendnis.org zu sehen) als auch inhaltliche Poster zur Arbeit des Boden-Bündnisses in Auftrag zu geben. Ziel des Projektes ist es, zur Verbesserung des Bewusstseins für das Umweltmedium Boden im Sinne einer zukunfts-fähigen Landnutzung beizutragen. Aufgrund der Förderung waren Vorstand und Geschäftsstelle außerdem in der Lage, an einer Reihe von Fach-tagungen und Konferenzen teilzunehmen, so u.a. an der Jahrestagung des Klima-Bündnisses Österreich, das mittlerweile auch Mitglied im Boden-Bünd-nis geworden ist.

World Soil Day

Einen Tag des Wassers, des Baumes und der biologischen Vielfalt gibt es schon lange, einen "Tag des Bodens" gab es bisher noch nicht. Dass sich das ändern soll, hat die Internationale Bodenkundliche Union auf ihrem letzten Weltkongress im August 2002 in Bangkok beschlossen und dafür den 5. Dezember vorgeschlagen. Obwohl der "Weltbodentag" noch nicht offiziell von der UNO festgesetzt ist, hat ELSA e.V. die Gelegenheit genutzt und am 5. Dezember 2002 in Osnabrück gemeinsam mit anderen Institutionen, die im Bodenschutz engagiert sind, diesen Tag der Öffentlichkeit präsentiert. Alle Kinder, die an diesem Tag Geburtstag haben, konnten zudem kostenlos die Bodenausstellung "unter Welten – Das Universum unter unseren Füßen" im Museum am Schölerberg, Osnabrück besuchen. Detlef Gerdts.

ELSA Contact / Order information

local land & soil news is the Bulletin of the European Land and Soil Alliance (ELSA) e.V. It is made by authors and editorial staff and is distributed freely. As we put a lot of work on it, please disseminate this copy to whom it may interest. Printing is funded by ERTOMIS foundation, Wuppertal (D). We greatly appreciate your comments and suggestions. Please send us an e-mail or contact:

European Land and Soil Alliance (ELSA) e.V.

European Secretariat, c/o Stadt Osnabrück
 Referat für Stadtentwicklung und Bürgerbeteiligung
 Postfach 4460, D-49034 Osnabrück
 E-mail: bodenbuendnis@osnabrueck.de

Homepage: www.bodenbuendnis.org / www.soilalliance.org

Phone: +49 (0) 541 323 2000 / Fax: +49 (0) 541 323 2738

Account: 150-301-2120; BLZ 265-50- 05 Sparkasse Osnabrück (D)

I/we order / Ich/wir bestelle/n

- ___ Subscription / Abonnement local land&soil news 2003 EUR 20.-
- ___ Wegweiser Europäisches Boden-Bündnis EUR 10.-
- ___ Positionspapier „Bodenschutz ist vorsorglicher Hochwasserschutz“
- ___ Statutes + declaration of membership / Satzung + Beitrittserklärung
- ___ More information on the European Land and Soil Alliance ELSA e.V.
 (All prices including p+p / Preise einschliesslich Versandkosten)

Name, first name _____
 Institution _____
 Adress _____
 Post code / place _____
 Country _____
 Date, signature _____

Meldungen über Anlässe bitte direkt an das ELSA-Sekretariat mail@bodenbuendnis.org

28.04.2003; Wiss. Beirat Bodenschutz WBB: Veranstaltung in Osnabrück zum Thema: **"Ohne Bodenbewusstsein in der Öffentlichkeit - kein nachhaltiger Bodenschutz"**
 Detaillierte Informationen unter: www.wissenschaftlicher-beirat-bodenschutz.de

08./09.05.2003; Ingenieurtechnischer Verband Altlasten e.V. ITVA. Gemeinsame Fachtagung mit dem Fachamt Altlastensanierung Hamburg: **"Revitalisierung von Verkehrsflächen – Element einer nachhaltigen Siedlungspolitik"**
 Schwerpunktthemen sind: Recht und Vollzug / innovative Sanierungsmaßnahmen / Strategien und Steuerungsinstrumente zum Flächenrecycling / Folgenutzung / Praxisbeispiele.
 Tagungsort: Residenz Hotel Hafen Seewartenstraße 9, D-20459 Hamburg
 Programm / Anmeldung: ITVA Geschäftsstelle Pestalozzistraße 5-8, D-13187 Berlin www.itv-altlasten.de

02-05.06.2003; European Commission: **Exhibition: "Green Week"**
 Exhibition with valuable insight into best environmental practices and European projects on sustainable consumption, renewable energy, climate change and water centre stage.
 Place: Conference Centre „Charlemagne“ Rue de la Loi 170, B-1040 Brussels
 Further informations: European Commission Environment Directorate-General, Green Week, Office BU-9 00/194, B-1049 Brussels env-greenweek@cec.eu.int

02./03.06.2003; Ev.-Akademie Tutzing: **Tagung und Exkursion: "StadtNatur"**
 Lösungsansätze für den Naturschutz in Ballungsräumen / naturnahe Gartenanlagen und Übergang zu Verwilderungsflächen / Aspekte der Biotopvernetzung und Funktion der Bäche / Instrumente des Kommunalen Flächenressourcen-Managements / Planung und Bürgerbeteiligung.
 Tagungsort: Bayerisches Landesamt für Umweltschutz, Bgm.Ulrich Str. 160, D-86179 Augsburg
 Programm / Anmeldung bis 22.05.03: www.ev-akademie-tutzing.de

local land & soil news no.6/II/03

Focus:
Soil Protection and Land Redevelopment in Central Eastern Europe
 The next issue no. 6 will be published in June 2003
 Closing date: Mai 10, 2003

Schwerpunkt:
Bodenschutz in Mittel- und Osteuropa
 Die nächste Ausgabe Nr. 6 erscheint im Juni 2003.
 Redaktionsschluss: 10. Mai 2003